

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Freitag, 4. März 1927.

7. Jahrgang.

Nr. 53.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kd 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (rwb)

Regiekünstler Svehla.

Man fühlt sich versucht, zu fragen, was in jedem anderen Parlamente geschehen würde, wenn sich dort ereignen würde, was sich gestern im Verfassungsausschusse des Abgeordnetenhauses zugetragen hat, doch man unterläßt diese Frage als nutzlos, denn seitdem Herr Svehla regiert, hat er durch seine Methoden ständig den Reford des in jedem anderen Kulturstaate Unmöglichem erfolgreich geschlagen, ohne daß er selber dabei unmöglich geworden wäre. Zu Beginn der Generaldebatte über die Verwaltungsreform, machte der slowakische Volksparteiler Juriga, also ein Mitglied der Regierungspartei eine Mitteilung, die nichts geringeres besagt, als daß ein Teil der heutigen Regierungsparteien bei den Vorbereitungen über den Inhalt des Verwaltungsreform-Entwurfes bewußt getäuscht und hinter's Licht geführt worden ist. Diese schwere Beschuldigung erhob Juriga direkt gegen den Leiter der Regierung, und er behauptete, Svehla habe den Vertretern der Parteien im Ahterausschusse zweierlei und verschieden lautende Entwürfe als Grundlage bei der Beratung übergeben, so daß die Slowaken erst später, als die Vorlage dem Abgeordnetenhause unterbreitet wurde, den richtigen Inhalt und die volle Bedeutung derselben zu erkennen vermochten. Der Ministerpräsident war während der Rede Jurigas wie gewöhnlich nicht anwesend, er brachte seine bekannte Rechtfertigung vor dem Parlamente auch in diesem Augenblicke, da es in die Beratung eines so schwerwiegenden Gesetzwertes, wie es die Verwaltungsreform ist, eintritt, durch seine Abwesenheit zum Ausdruck. Was geht es auch den Leiter einer Regierung an, was die Redner der Parteien, und gar schon die Oppositionsparteien, zu dieser Vorlage zu sagen haben! Aber auch, als Juriga die ungeheuerliche Beschuldigung der Täuschung gegen ihn erhob, bequemte er sich nicht dazu, zu erscheinen und wenigstens den Versuch einer Rechtfertigung zu machen, sondern überließ es Herrn Dr. Kramar, dessen Partei natürlich das größte Interesse an dem Zustandekommen der Verwaltungsreform hat, Jurigas Rückgrat zu biegen und ihn zur Zurücknahme seines Antrages auf Abfertigung der Vorlage von der Tagesordnung zu bewegen.

Man wird vielleicht fragen, das Ganze sei eine Angelegenheit der Slowaken oder auch der andern Parteien, die sich von Svehla hineinlegen ließen, und es sei schließlich Sache ihres Geschmacks, wenn sie sich einen Führer weiter gefallen lassen, der sie nach der Aussage eines ihrer eigenen Angehörigen, geprellt hat. Aber so ist die Sache denn doch nicht. Svehla ist der Ministerpräsident nicht nur für die Koalitionsparteien, sondern des ganzen Parlamentes und Staates, und das Bewußtsein, einen Menschen an der Spitze des Staates zu wissen, der sich solcher faulerer Methoden bedient, mußte für alle Parteien wenig erhebend sein. Gewiß geht es niemanden etwas an, wenn die Regierungsparteien untereinander Praktiken betreiben, die sonst nur unter berufsmäßigen Kösttäuschern üblich sind, wenn sie, deren Koalition angeblich „auf Beton“ begründet sei, gegeneinander hinterhältige Ränke spinnen, aber die Herrschaften spielen ihr Spiel nicht zum Privatvergnügen, sondern es geht dabei geradezu um Kopf und Kragen der Bevölkerung.

Um so erstaunter muß man daher sein, daß die in der Regierung stehenden Deutschbürgerlichen das auch noch mimachen und nichts daran aussetzen finden, daß ihr Svehla eines beispiellosen Täuschungsmanövers bezichtigt wird. Sie sind schon derart restlos seine Hörigen geworden, daß sie zu allem schweigen. So schwiegen sie auch zu dem unglaublichen Intermezzo im Verfassungsausschusse und wagten es nicht einmal, zu erklären, ob auch sie zu den Getäuschten gehören oder ob sie richtig informiert. In keinem Falle würde natürlich ihre Verantwortung für das Schandwerk der Prügelpatent eine Ab-

In den Fußstapfen des Bachi'schen Absolutismus.

Genosse Dr. Czech gegen den Regierungsentwurf zur Verwaltungsreform.

Prag, 3. März. In der heutigen Sitzung des verfassungsgerechten Ausschusses, über deren interessantem Verlauf wir an anderer Stelle berichten, beschäftigte sich Genosse Dr. Czech in einer großzügigen Rede von schätlicher Wirkung mit dem Nachwerk, das die Regierung als Antwort zu einer Verwaltungsreform dem Parlamente vorzulegen wagt. Er zog eine treffende Parallele zu den Zeiten Bachs, der in den stürmischen Zeiten des Jahres 1848 sich auch für die Demokratie begeisterte und dann wenige Jahre später bei dem berühmten Prügelpatent und bei den rückwärtschreitenden Mitteln der Reaktion landete. Ganz dieselbe Entwicklung hat die tschechische Demokratie seit dem Umsturz mitgemacht, nur daß Bach den Mut gehabt hat, sich auch offen zum Absolutismus zu bekennen, während die Nachhaber der tschechisch-deutschen Bürgerkoalition sich noch immer in den Deckmantel der Demokratie hüllen wollen.

In seinen weiteren Ausführungen konnte Genosse Dr. Czech mit Stolz darauf verweisen, daß unsere Partei schon vor Jahrzehnten das Recht der Selbstverwaltung nicht nur für die Deutschen, sondern auch für alle Minderheitsvölker im alten Oesterreich gefordert hat. Dann legte er an Hand von Aussprüchen führender tschechischer Politiker noch aus der jüngsten Zeit die vollständige Wandlung bloß, die sich in der Beurteilung der Zweckmäßigkeit der Gauverfassung, die wir überdies keineswegs in allen ihren Einzelheiten verteidigen wollen, unter den tschechisch-bürgerlichen Vorgesetzten hat. Auf einmal ist die Gauverfassung nichts wert, über die sich noch vor kurzem Malypetr als Minister, ja selbst Herr Cerny und Sobja äußerst anerkennend ausgesprochen haben.

Die Ausführungen des Genossen Dr. Czech riefen im Ausschusse sichtlich einen großen Eindruck hervor; sie waren in der Argumentation so zündend, daß Kramar oft wie von einer Tarantel gestochen aussah, als ihm Genosse Dr. Czech seine Haltung zur Wahlrechtsreform im alten Oesterreich vorhielt, wo er den Herrschenden damals die heftigsten Vorwürfe machte, daß sie das Wahlrecht auf dem Steuerzensus aufbauen; heute geht Herr Kramar selbst daran, das allgemeine Wahlrecht gründlich zu verfälschen und namentlich das Gemeindevahlrecht auf dem Steuerzensus aufzubauen.

Genosse Dr. Czech führte aus:

Der Regierungsvorlage über die Verwaltungsreform gegenüber gibt es nur ein entschiedenes Nein. Sie verschütet alle Hoffnungen auf endliche Wandlung der Verhältnisse in diesem Lande, sie begräbt jede Aussicht auf eine demokratische Selbstverwaltung, sie bedeutet die Vereinerung des Osterreichstaates, die Stabilisierung des Polizeigeistes, sie ist in ihren letzten Wirkungen die Permanenzklärung der Fremdherr-

schwächung erfahren, denn wurden sie über's Ohr gehaut, dann wäre es ihre Pflicht gewesen, Svehla zur Verantwortung zu ziehen, als sie die Täuschung an dem inzwischen gedruckten Entwurf erkannten, waren sie aber über die volle Tragweite der Reform in Kenntnis gesetzt worden, dann ergibt sich ihre Verantwortung von selbst. Wie sollten sie auch den Mut und die moralische Kraft aufbringen, gegen Svehla, der wie ein Sklavenhalter mit ihnen verfährt, aufzutreten? Es ist schon leicht möglich, daß auch an ihnen die Täuschung, wie sie Juriga so anschaulich zu schildern wußte, verübt wurde, aber als sie draufkamen, mußten sie, die ihre immer weniger werdenden Geiruen doch in dem Wahne zu erhalten suchen, es werde mit ihnen als „Gleiche unter Gleichen“ verhandelt, hüßlich ruhig bleiben und das grausame Spiel weiter mitmachen, denn welche ungeheure Blamage wäre es, gewesen, wenn sie enthüllt hätten, wie sie von Svehla als Gleiche unter Gleichen an der Nase herumgeführt wurden! Herr Svehla weiß, was er alles seiner deutschen Avantgarde zumuten kann, ohne den Verlust ihrer Gefolgschaft befürchten zu müssen. Er hat ihr Ansehen in der Wählerchaft nach allen Kräften ramponiert, hat sie bei der Drosselung der parlamentarischen Freiheiten und der Demokratie als Hausknechte roboten lassen, hat

schafft des Staatsvolkes über alle anderen Völker des Landes und jenes unfählichen Leibes der arbeitenden Menschen der Minderheitsnationen, das sich in dem Schicksal von zehntausenden aus ihren Stellungen und ihrer Arbeit, aus ihrem Heim vertriebenen Menschen widerspiegelt. Davum gibt es für uns nur einen einzigen Ruf:

Weg mit dieser Vorlage, gegen die sich die gesamte Bevölkerung aller Nationen und vor allem die ganze proletarische Oestentlichkeit in gerechter Empörung und mit einem einzigen Aufschrei erhoben hat!

Mag das Schicksal dieser Vorlagen, welches immer werden, so bleibt es doch für immerwährende Zeiten

eine unauslöschbare Schmach, daß dieses Nachwerk auch die Unterschriften zweier deutscher Minister trägt,

von denen einer es über sich brachte, es im Auslande als großen Fortschritt anzurufen und als nationalen Gewinn anzupreisen. Denn die Vorlage bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die vollständige Liquidation der tschechischen Revolution. Sie ist nicht eine der gewöhnlichen Attacken gegen die Demokratie, wie etwa das Schutzgesetz, das Terrorgesetz, die Wahlrechtsnovelle, das Preßgesetz, die Angestelltenabbau, die Steuerreform, die Verschlechterung der Sozialversicherung, sie ist weit mehr. Sie ist die Inkarnation des unerbittlichen, gewalttätigen Herrschaftswillens der im Bürgerblock vereinigten Reaktion, sie ist der Versuch, die letzten noch in der Hand des Proletariates befindlichen Positionen im Generalscharm zu nehmen und dadurch die wirtschaftliche und politische Macht des Bürgerblocks dauernd zu verankern.

So sehen wir in diesem Augenblicke vor einer wahren Schicksalsfrage unseres Volkes.

Von dem demokratischen Aufbau dieses Staates wurde systematisch Stills für Stills abgetragen, nun wird auch noch an die Fundamente gegriffen, um den letzten Rest der demokratischen Einrichtungen auszurotten. Was wir hier erleben, ist nicht etwa bloß ein Auslösen der Errungenschaften einiger weniger Jahre,

das ist ein Rückschlag, der auf mehr als ein halbes Jahrhundert zurückgreift,

den vormärzlichen Absolutismus in seiner ganzen Nacktheit wieder erstehen läßt, und deshalb noch viel gefährlicher ist, weil er in der Masse der Demokratie einherstreitet und seine Widerstand in einen gleichzeitigen demokratischen Wortschwall zu kleiden versteht.

Man beachte die Parallellität der Geschichte. Auch Alexander Bach hatte seine revolutionäre Vergangenheit. Mit glühender Begeisterung

sie unter honigsüßen Redensarten, die ihnen die erstrebten aktivistischen Erfolge in greifbare Nähe zu rücken schienen, zur Annahme des Rüstungsfonds und zur Zustimmung zur Verlängerung der 18monatigen Dienstzeit verlockt, nun hat er sie so fest am Schnürchen, daß sie es nicht wagen können, aus der Reihe zu tanzen. Es ist selbstverständlich nicht so, daß die Deutschbürgerlichen alles fressen, weil sonst die alte tschechische Koalition wieder käme, welche ja doch alles tun würde, dessen sie sich weigern, sondern es ist so, daß sie von Svehla, dem sie sich blind anvertraut haben, aufs Eis gelockt wurden und nun den Weg zurückzugehen sich nicht getrauen, weil dies das volle Eingeständnis ihrer beschränkten und bornierten Politik bedeuten würde.

Man darf neugierig sein, wie sich der von Juriga enthüllte Skandal weiter entwickeln wird. Er ist trotz seiner Vertagung keineswegs zu Ende. Der Schuldige wird, daran zweifeln wir nicht, seine Verteidiger finden, aber ist es nicht ein Eingeständnis der Schuld, daß die den Mitglieedern des Ahterausschusses gegebenen Exemplare des Entwurfes nach der Beratung wieder eingesammelt wurden, um den Vergleich mit der später erschienenen Vorlage zu verhindern? Nach reizenden Methoden werden wir regiert, das muß man schon sagen!

feierte er einst die 48er Revolution, pries er den Aufstand vom 28. Mai 1848; doch schon wenige Jahre darauf, beiläufig so viel, als die tschechische Revolution zu ihrem politischen Ausweg gebraucht hat, gab uns Alexander Bach jenes denkwürdige Prügelpatent, von dem sich trotz der habsburgischen Marke die tschechischen Revolutionäre nur so schwer zu trennen vermögen und aus dem sie ein neues Patent zusammenbrauen, das dem tschechoslowakischen Staatsbürger die Staatsraion des Bürgerblocks mit deutlicher Bredirekschrift einzublauen versucht. Die Geschichte wiederholt sich also, wie man sieht, von Zeit zu Zeit mit fotografischer Genauigkeit. Der Unterschied ist nur der, daß Alexander Bach, da er sich nun einmal der Reaktion in die Arme geworfen hat, nicht mehr den Versuch unternimmt, sein absolutistisches Regime demokratisch zu verbrämen und mit demokratischen Phrasen zu garnieren, während Dr. Kramar von Demokratie überfließt und den Geist der Demokratie zur Verteidigung seines Kampfes gegen die Demokratie aufruft.

Nun zur Vorlage selbst, vor allem aber zur Methode, nach welcher sie herge stellt wurde und dem Parlamente präsentiert wird. Sie wurde ebenso wie alle früheren der Opposition hin- und hergeschleppt. In seiner Regierungserklärung stellte der Herr Ministerpräsident der Opposition in Aussicht, daß jede gesunde Initiative, jede sachliche und ruhige Kritik begrüßt und respektiert werden wird. Trotzdem wurde auch diesmal wieder

niemand aus der Opposition gehört,

die Vorlage wurde in der bekannten tschechoslowakischen camera obscura, hinter verschlossenen Türen fertiggestellt und dann der Opposition einfach an den Kopf geworfen. Der Antrag der Opposition auf Vorlage des vorbereitenden Materials wurde fastblütig abgewiesen und der Hinweis auf die strikte Bestimmung des Restriktionsgesetzes, das zur Vorbereitung der Verwaltungsreform die Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission verlangt, ohne viel Aufhebens übergeben. Nicht einmal die Lehren der Vergangenheit wollen sich die Herren von der Mehrheit zumute machen. Mit gewaltiger Mehrheit wurde im Jahre 1920 das Gangesch von der revolutionären Nationalversammlung verabschiedet. Nun erklärt man heute, daß man sich überstürzt habe und daß namentlich der finanzielle Teil der Reform nicht geprüft wurde; man läßt deshalb das ganze Reformwerk einfach unter den Tisch fallen. Herr Ministerpräsident Svehla war als Innenminister der Regierung Inhaber der Schöpfer des Gangesches und nun wirkt er in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident dieses Gangesch fastblütig von sich. Wir fragen, ob das nicht eine veritable Kindeswegelung ist. Dabei

folgt die Tschechoslowakei einfach instinktiv den Spuren Oesterreichs,

das durch viele Jahrzehnte bis zu seinem Untergang an der Verwaltungsreform herumdoziert und herumexperimentiert und sich niemals zu einer großzügigen modernen Verwaltungsreform aufgerafft hat. Von der Substantivverfassung über das Kramersche Verfassungswerk hinweg zur skizzierten Verfassung, die das Schicksal der tschechoslowakischen Gauverfassung teilte und niemals in Wirklichkeit getreten ist, und dann in einem ewigen Kreislauf, ohne und mit Kreisregierungen, ohne und mit Bezirkshauptmannschaften, ohne und mit Autonomie der Länder, bald zentralistisch, bald föderalistisch, bald beides, bald keines von beiden, kurzum immer nach der jeweiligen politischen Situation.

Die Tschechoslowakei scheint nun einmal demselben Schicksal wie Oesterreich verfallen zu wollen.

Innerhalb eines Zeitraumes von acht Jahren wird nunmehr schon die zweite Verwaltungsreform durchgeführt. Die Gauverfassung des Jahres 1920 bleibt einfach auf dem Papier und soll nun durch eine andere Reform ersetzt werden, die

dem nackten Klasseninteresse eines reaktionären Bürgerblocks entspringen

ist. Sie wird nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, nicht nach nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zugeschnitten, son-

bern auf Grund der momentanen politischen Situation zurecht gezimert und ist so das Ergebnis eines ganz ordinareren Handels.

ein ganz gewöhnliches politisches Handelsgeschäft.

Da es aus den bittersten politischen und parlamentarischen Kloten erwachsen ist, mußte es, um effektiviert werden zu können, nicht bloß rücksichtslos über gesetzliche Schranken hinweggehen, sondern auch diktatorisch

verfassungsmäßige Hindernisse niederreißen.

Das ist nun tatsächlich in mehrfacher Richtung in jenen Bestimmungen geschehen, die sich mit der Neuerrichtung von Landesvertretungen, mit dem Verwaltungsorganisationsaufbau Karpathenlands, mit der Beseitigung des verwaltungsrechtlichen Verfahrens, mit den Rechten der Minderheitsvölker beschäftigen, wozu noch zahllose andere Bestimmungen kommen, die gegen den Geist der tschechischen Revolution, des Friedensvertrages, der Washingtoner Deklaration und der Verfassungsurkunde verstoßen und nicht nur vom verfassungsrechtlichen, sondern auch vom moralischen Standpunkt aus die schwerste Anfechtung erfahren müssen.

Der verfassungs- und verwaltungsrechtliche Teil der Vorlage ist auf dem System des strengsten Zentralismus aufgebaut und setzt den alten österreichischen Oberstaatsstaat, nachdem er sich in seinen Machtvollkommenheiten noch reicher ausgestattet hat, weder völlig in seine Rechte ein. Er stärkt die Position der Bürokratie, deren Wirkungsbereich er bis zur Allmacht ausdehnt, räumt mit den Grundzügen der demokratischen Verwaltung auf, beseitigt die letzte Spur der lokalen Selbstverwaltung und läßt das Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit lustigrecht verschwinden. Er setzt sich durch den Wahlrechtsraub und die willkürliche Ernennung eines Teiles der Abgeordneten, aber auch durch die nationale und sprachliche Entmündigung der Minderheitsvölker mit den Grundzügen der Demokratie direkt in Widerspruch und bringt schließlich eine Petrifizierung der nationalen Fremdherrschaft, dieses schwersten Geburtschmers dieses Staates, wodurch die Quelle des ewigen Hasses und Kampfes der dieses Land bewohnenden Völker nicht nur nicht zum Versteigen gebracht, sondern erst recht geweitet und erweiterter gemacht wird.

einige Konstatierungen

Vor allem wollen wir feststellen, daß wir uns mit dem Gange, welches gegenüber dem heutigen Zustand einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, absolut nicht identifizieren. Wir wollen weiter feststellen, daß wir die jetzige Verwaltung für durchaus reformbedürftig halten, das Doppelgeseis, die Klemmerverfahren, die bürokratische Ueberwucherung, das Kompetenzlabyrinth, den in der Verwaltung vorherrschenden Obrigkeitssinn und Polizeigeist beseitigt wissen wollen und den Kampf um eine moderne Verwaltung reform bereits seit Jahren führen. Führende Männer unserer Partei haben auf diesem Gebiete bahnbrechend gewirkt. Ich erinnere

an die Arbeiten Karl Renners und Otto Bauers, ich erinnere an den historischen Beschluß unseres Brünner Parteitag vom Jahre 1899, an die großen Kämpfe unserer Partei um die Umformung der Staatsverwaltung.

Auf dem Parteitag des Jahres 1917, also vor dem Umsturz, haben wir klar und deutlich ausgesprochen, daß keine Verfassung genügen kann, die nicht auf dem festen und unzerstörbaren Grundsatze einer demokratischen Lokalverwaltung beruht.

in der sich das Volk in seinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten nicht selbst regiert und die staatlichen Aufgaben nach den Grundzügen seines Volksparlaments zum Vollzuge bringt, weshalb wir die Aufrichtung einer lokalen Selbstverwaltung des Volkes als höchstes und dringendstes Gebot der Verfassung gefordert haben.

Hierbei haben wir schon im alten Oesterreich, also auch schon den deutschen Nachfolgern gegenüber, immer die Aufrichtung nationaler Gebietskörperschaften verlangt

und dies schon auf dem Brünner Parteitag des Jahres 1899 in die Formel gekleidet, daß

an Stelle der Kronländer national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper zu treten haben.

Auf dem Tschechischen konstituierenden Parteitag haben wir unsere Stellung zur Verfassung und Verwaltung ganz genau umschrieben:

Abkündigung des bürokratischen Herrschaftssystems, Einteilung des Staatsgebietes in national abgegrenzte Bezirke, die sich durch frei gewählte Körperschaften selbst regieren, ihre Beamten und Richter wählen, ihre Gerichtssprache und Schulsprache festsetzen, wobei für die gemischten Gebiete freigelegte Vertretungskörper zur selbständigen Verwaltung der besonderen Angelegenheiten der Nation eingesetzt werden sollen.

Die Herren Nationalisten werden natürlich jetzt sofort aufschreien, daß das die Zerstückelung des tschechoslowakischen Staates bedeute, daß sich in dieser Forderung wieder die „Staatsfeindschaft“ der deutschen sozialdemokratischen Partei manifestiere. Sie werden gegen unsere Forderungen alle nationalen Instinkte aufpeitschen und werden daselbe tun, was auch die österreichischen Nationalisten getan haben, als unsere Partei für alle den österreichischen Staat bewohnenden Völker die nationale Autonomie gefordert hat. Damals waren es die deutschen Parlamentarier, die aufgeschrien hatten, heute werden das die tschechischen besorgen. Den deutschen Parlamentariern Oesterreichs antwortete damals

Bilker Adler

in einer großen Rede am 3. Dezember 1908: Weil wir gute Deutsche sind, so wollen wir für das deutsche Volk die Selbstregierung in diesen Ländern erreichen. Wir wollen für die Deutschen die Autonomie, die volle Selbstregierung von der Gemeinde bis hinauf zum Staate, weil wir unser Volk hinaufführen wollen zur Höhe der Demokratie und der Selbstregierung. Darum wissen wir auch, daß wir es erreichen können, wenn wir dies auch allen anderen Völkern dieses Staates gönnen. Das Wort „nationale Autonomie“, das Adler den deutschen Parlamentariern zugerufen, ist in der letzten Zeit verfälscht worden, es ist ein leeres Schlagwort geworden. Nationale Autonomie heißt nicht zuerst Teilung, heißt überhaupt

nicht vor allem „Teilen“, nationale Autonomie heißt vor allem die Vereinigung des ganzen Volkes, die Vereinigung des ganzen tschechischen und des ganzen tschechischen Volkes, Vereinigung über die Barrieren jener feudalen, aus dem Mittelalter überkommenen Grenzen der Kronländer.

„Wir wollen“, hat Adler ausgerufen, „die Konstituierung der deutschen Nation als Nation, darum wollen wir auch die Konstituierung der tschechischen Nation als Nation, was sie sonst nicht selbst erreichen könnten. Nicht nur als Sozialdemokraten, sondern auch als Deutsche wollen wir, daß die Tschechen ihr Recht bekommen wie jedes andere Volk.“

So haben unsere führenden Männer schon im Jahre 1908 gesprochen, als es noch keinen tschechischen Staat gegeben hat, und darum haben wir die Legitimation, auch heute ebenso zu sprechen und dasjenige für uns zu verlangen, was wir unter ganz anderen Verhältnissen den Tschechen ohne weiteres zu geben bereit gewesen sind.

Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns vor allem gegen den zentralistischen bürokratischen Neuaufbau der Verwaltung, der das Grab der langerehnten Selbstverwaltung bedeutet und die letzten Reste der bisherigen Selbstverwaltung beseitigt.

Von lokaler Selbstverwaltung ist jetzt auf weite Sicht keine Spur.

Die in Paragraph 51 des derzeit geltenden Bezirksvertragsgesetzes in so reichem Maße vorgesehene Möglichkeit zu sozialer Wirksamkeit, sozialpolitischer Initiative, zur Schaffung und Verwaltung sozialer und gemeinnütziger Bezirksanstalten ist durch die Zusammensetzung und Kompetenz der neuen Bezirksvertretungen zu nichte gemacht worden.

Sie ist durch die §§ 93 und 95 der neuen Vorlage ersetzt, die die Bezirksvertretung berechtigt, der Landesvertretung, den Landespräsidenten, den Bezirksleitungen und den Behörden „Anträge und Anregungen“ zu unterbreiten, insofern sie die Interessen des Bezirkes oder der Bevölkerung betreffen. Und nur im Rahmen der „Anschläge und Weisungen“ der Landesvertretung vermag die Bezirksvertretung auch selbständige Einrichtungen und Anstalten zu schaffen. Dies umföweniger, als ihr durch das gleichzeitig in Beratung stehende Gesetz betreffend die Regelung der Finanzwirtschaft alle Quellen zur sozialpolitischen Betätigung verstopft sind.

Damit sind die autonomen Verwaltungen zu bedeutungslosen Körperschaften herabgewürdigt und das in sehr reichem Maße aus diesen Körperschaften stehende Leben einfach kalt gestellt. Es entscheidet nur der Vizepräsident. Der Bürger kann nur anregen und beantragen, das letzte Wort hat die Obrigkeit.

Herr Dr. Kramar

meint jetzt: Die siebenjährige Erfahrung mit dem Gange, welche habe gezeigt, daß die Gauen nicht entsprechen, daß sie sich nicht bewährt haben. Die Behauptung mit den sieben Jahren stimmt ganz gewiß nicht, denn in den historischen Ländern wurde das Experiment überhaupt nicht erprobt und in der Slowakei besteht die Gauerfassung erst seit 1923. Aber ebenso unrichtig ist auch die Behauptung, daß sich die Gauerfassung nicht bewährt hat. Am 14. November 1924 hat

der damalige Innenminister Malypetr

im Budgetauschuß namens der Regierung folgende Erklärung abgegeben:

Die Erfahrungen, die mit der Gauerfassung in der Slowakei gemacht wurden, seien sehr günstig, so günstig, daß das Gesetz über die Bezirks- und Gauerfassung unbedingt auch in den Sudetenländern und in Karpathenland baldigst durchgeführt werden wird. Dagegen sei er gegen die Beibehaltung der Länder als administrative Einheiten, da sich dieses System als schwerfällig erwies; insbesondere die böhmische Landesverwaltung könne ihren Aufgaben nicht entsprechen, weil sich die Agenten in einem Maße vermehrt haben, daß überhaupt kein Verwaltungsapparat hierfür ausreichend sei. Was die slowakischen Autonomiebestrebungen anbelange, müssen sich die verantwortlichen politischen Faktoren mit Rücksicht auf die geographische Lage der Republik vergegenwärtigen, daß die Atomisierung der tschechischen Verwaltung und eine politische Zerstückelung große Gefahren für den Staat in sich bergen.

Das war vor zwei Jahren. Zwei Jahre später, im November 1926, kam auch

Minister Cerny

auf die Verwaltungsreform zu sprechen und sagte im Budgetauschuß wörtlich:

„Die Verhältnisse in den böhmischen Ländern sind andere als in der Slowakei, wo bis 1922 16 unzulässige Instanzen bestanden haben.“ Und er schließt: „Die Reform hat aus diesen Einheiten bloß sechs geschaffen, die wirtschaftlich, kulturell und sozial lebensfähig sind.“

Das hat der Minister vor vier Monaten erklärt. Es ist also die Behauptung, daß sich die Gauer nicht bewährt haben, unzutreffend.

Noch vor vier Monaten wurden die slowakischen Gauer von höchster Stelle aus als lebensfähig bezeichnet; heute wird im Beisein desselben Ministers und von ihm unwiderrufen das Gegenteil erklärt!

Ueberhaupt ist es horribel, wie leichtfertig mit der Bevölkerung umgegangen und wie mit ihrem schwachen Gedächtnis Mißbrauch getrieben wird. Dafür noch ein Beispiel aus ministeriellen Kreisen: Noch vor einem Jahr, am 17. März 1926, erklärte

Minister Hodza

in einer slowakischen Versammlung:

„Wir wollen keinen slowakischen Landtag, weil wir ihn nicht brauchen.“

Das war vor einem Jahre. Derselbe Herr Minister hat aber noch vor einiger Zeit in einer Versammlung wörtlich erklärt:

„Nach acht Jahren erhält die Slowakei als Verwaltungseinheit endlich dieselbe Stellung im Staate wie Böhmen und Mähren. Die Reform der Verwaltung erfolgt gemäß dem Programme der slowakischen Agrarpartei, genau so wie dies bereits zur Zeit der Wahlen im Jahre 1925 gefordert wurde.“

Der Minister sagt also das Gegenteil dessen, was er vorher gesagt hat, und fraßt sich selbst Lügen. Und da soll die Bevölkerung einem Ministerworte glauben!

(Den zweiten Teil der Rede des Genossen Dr. Cech werden wir in der nächsten Nummer veröffentlichen.)

Die Frieda.

Novelle

von Fritz Bondy.

„Donnerwetter! Ja, wenn Sie solche Sachen ansagen...“

Dr. Rosenwald war schließlich ein ganz humaner Mann; er stand auf und ging im engen Ordinationszimmer auf und ab.

Bisher hatte die Frieda sich leidlich tapfer gehalten, aber nun fiel sie auf den Stuhl und das Schluchzen schüttelte ihren ganzen Körper.

Der Doktor blieb vor ihr stehen.

„Sie können einem schon Leid tun,“ sagte er mürrisch. „Aber ich darf Ihnen nicht helfen. Warum haben Sie sich auch...! Ja, ja, ich weiß,“ unterbrach er sich rasch, denn die Frieda schluchzte gar zu launenvoll. „es hat keinen Zweck, Ihnen jetzt Vorklatschen zu machen. Sie haben es wohl nicht einmal gewußt, wie?“

Die Frieda schüttelte den Kopf, reden konnte sie nicht.

„Na ja, so sind diese Kavaliere. Zu Hause eine Frau und wahrscheinlich auch Kinder, aber außer Haus, da brömet man noch rasch ein armes Mädchen ins Unselig. Frau Teufel!“

Trotz ihrem elenden Zustand hörte die Frieda nicht gern, daß man etwas gegen Gustav Lembke sagte. Aber was sollte sie anführen, das zu seinen Gunsten sprach? Sie war nicht schlafbereit und hatte ja auch nie gelernt, über ihr eigenes Seelenleben nachzudenken, geschweige denn zu reden.

In einem Drama wäre jetzt der Augenblick gewesen, stehend aber doch ganz klar und eindringlich zu erzählen, wie es dazu gekommen war, daß sie und Herr Lembke sich gefunden hatten. Von dem Marisch in die Stadt und von der prächtigen Erarlatte wäre zu reden gewesen. Von den zehn Jahren in Hofelbachkammer, von den zweitausend Mark, die ihre Zukunft begründeten sollten und kein Stückchen Fleisch mehr wert

waren. Wie elend und verloren war sie vor dem Kellerer dagefallen! Und wer hätte ihr über diese furchtbaren Stunden hinweggeholfen, wenn nicht Herr Gustav Lembke erschienen wäre!?

Ueber das alles hätte sich in einem Drama mancherlei sagen lassen; rührendes und anklagendes. Man hätte mit einiger Wucht Verschiedenes gegen eine Gesellschaftsordnung vorbringen dürfen, was unten im Parkett den Ruhmehern dieser Gesellschaftsordnung von sieben bis zehn Uhr tiefen Eindrud gemacht hätte. Vorausgesetzt natürlich, daß die wahre Kunst, auf die allein es ankommt, nicht durch fragwürdige demagogische Tendenz erniedrigt worden wäre.

Und schließlich hätte eine gute Schauspielerin zu erschüttern gewußt, wenn sie durch alle Erbitterung und Wut merken ließ, daß sie den Mann, um den sie alles litt, doch noch liebte.

Ach, der Frieda lagen solche Möglichkeiten fern. Es soll nicht geklagt werden, daß auch sie etwas wie Erbitterung und vielleicht auch etwas wie Liebe fühlte, aber das war in einem ziemlich verworrenen Durcheinander verschlungen. Sie brachte es in dieser Stunde zu keiner großen darstellerischen Leistung, und das Parkett wäre mit dem, was sie sagte und wie sie es sagte, unzufrieden gewesen.

Sie hörte nämlich auf zu schluchzen und sagte höflich und verständig: „Wenn ich Geld hätte, würden Sie mir schon helfen!“

IX.

Bei zwei Ärzten war die Frieda noch gewesen, nachdem Dr. Rosenwald sie hinausgeworfen hatte. Aber der Erfolg war gleich gering. Die Ärzte untersuchten sie, fanden sie gesund und kräftig und konnten gar keinen Grund zu irgendeinem Eingriff entdecken.

Sie erzählte ihnen nichts davon, daß Herr Lembke verheiratet war; auch blieb sie bescheiden und ruhig, sagte nicht mehr, daß die Ärzte mit einer reichen Frau anders reden würden, sondern startete nur entsetzlich tröstlos aus ihren braunen Augen,

Die Ärzte bemerkten das, aber sie hüteten sich wohl, eingehend zu fragen. Der Fall war ihnen ja ziemlich klar; ob das Mädchen Frieda oder Lina hieß, der Mann Gustav Lembke oder Friedrich Wilhelm Schulze, — es kam immer auf dasselbe heraus und helfen durfte man doch nicht.

Die Zukunft und Größe der Nationen beruhte ja darauf, daß die Lembkes und Schulzes aller Völker für Nachwuchs sorgten, der später einmal zur Eroberung eines armen, geschloffenen, vergasteten, verbrannten Waldes eingesetzt werden konnte oder einer solchen Wald auf den heroischen, wenn auch aus einiger Entfernung erteilten Befehl des Generals so lange zu halten hatte, bis der letzte Mann zerseht und verstimmt niedersank.

Wo solche Ziele winkten, da hat die zweifellos unangenehme Situation, in der sich die Frieda und Lina aller Völker zeitweilig befinden, wenig zu sagen.

Friedas Zustand ließ sich nicht länger verheimlichen. Selbst die unerfahrene Frau Kruse mußte ansetzen, daß Mari recht hatte, und auf ihre Frage leugnete die Frieda gar nicht erst.

Das gab Anlaß zu mancherlei Auseinandersetzungen zwischen Herrn und Frau Kruse. Im allgemeinen war das in Aussicht stehende Ereignis Herrn Kruse ein willkommenes Anlaß, seiner in der Bank so sehr geschätzten humoristischen Veranlagung freien Lauf zu lassen und sämtliche bei solchem Anlaß üblichen Witze noch einmal zu machen.

Ein Dienstmädchen, ein Bräutigam, eine Schwangerschaft — das war ja ein unerhörlicher Stoff für einen witzebegabten Mann wie Herrn Kruse.

Im besonderen allerdings wiederholte er, daß man das Mädchen so rasch wie möglich, aus dem Haus schaffen sollte.

Darin war Frau Kruse anderer Meinung, Sie hatte ein verschwommenes weibliches Solidaritätsgefühl, auch war sie mit der Frieda überaus zufrieden, und so blieb sie dabei, die Frieda

zu behalten, trotzdem Mari dagegen war und auch Frau Rechtsanwält Wehien dringend abriet.

Es wurde beschloffen, daß die Frieda auf die Minil gehen sollte, wenn es einmal so weit war. Denn eine Entbindung im Hause, das konnte man Mari gewiß nicht zumuten. So weit ging auch das Solidaritätsgefühl von Frau Kruse nun doch nicht.

Nachher wollte man wettersehen.

Einige Wochen später — als er annehmen konnte, das der erste Jörn der Frieda berraucht war — kam auch Herr Lembke wieder. Die Frieda war wirklich gar nicht zornig, und es gab zwischen ihnen keine Aussprache, die als „trente à faire“ zu verwenden gewesen wäre. Das Unterhaltungsstolen Gustav Lembkes veragte vor der Beilichkeit des Tatbestandes; und was die Frieda anlangte, hatte sie sich in diesen Wochen so furchtbar allein gefühlt, daß ihr ein verheirateter Lembke lieber war als gar keiner.

Sie gingen miteinander ins Kino; wenn es tragisch wurde, streichelte Herr Lembke die Hand der Frieda wie damals, und nachher ahnte sie miteinander, und derselbe Kellerer bediente sie, der gewissemaßen alle Abschnitte dieser Verbindung miterlebt hatte.

X.

Um sieben Uhr morgens klopfte die Frieda an die Türe des Schlafzimmers. „Was ist denn?“, rief Herr Kruse, dessen Schiffsfahrtsaktien in seinen Träumen den Kurs von zweihundert erreicht hatten, und der sich darum nur ungern aus dem Schlaf reifen ließ.

Die Frieda trat mit verlegenem Lächeln ein: „Ich glaube, es ist soweit.“

Frau Kruse war auch erwacht. „Gerade heute? Das ist aber ungeschickt!“ Die Frieda senkte schuldbehaftet den Blick.

„Die Zimmer habe ich schon gemacht. Das Frühstück kann ich auch noch richten.“

(Schluß folgt.)

Der 4. März.

Vor acht Jahren wurden die großen Demonstrationen der jüdisch-deutschen Arbeiter, einberufen und durchgeführt von der sozialdemokratischen Partei, mit Angel und Bajonett auseinandergejagt. In Kladno, Sternberg und anderen Städten fielen Tausende friedlich demonstrierender Arbeiter unter den Augen des tschechischen Militärs.

Jahre hindurch haben die deutschbürgerlichen Parteien die Märtyrer des 4. März als Blutzeugen ihres Nationalismus verkümmert, an den Gräbern der Gefallenen heilige Schwüre geleistet und im Namen der Toten die unveräußerlichen Rechte des deutschen Volkes beschworen. Der Führer der deutschen Agrarier, der nun selbst bekannt hat, daß er seit sieben Jahren bewußt jenen Zustand herbeizuführen strebt, der mit dem Regierungseintritt der Aktivisten erreicht wurde, hat noch vor drei Jahren in einer Trauerfeier das Gelöbnis abgelegt, für die Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes raslos zu kämpfen.

Demselben Militarismus aber, dem die Toten des 4. März 1919 erlagen, haben die deutschen Agrarier, Gewerbetreibende und Christlichsozialen einen Milliardenfonds für unkontrollierbare Rüstungen bewilligt. Demselben Militarismus haben diese Parteien das Riesenbudget fast ungeschmäler belassen. Demselben System haben sie die heilig beschworenen Grundsätze geopfert, indem sie der Verlängerung der Dienstzeit zustimmten.

Unter der Ministerpräsidentenschaft des Deutschen Hofers Kramák fielen die Opfer des 4. März. Derselbe Dr. Kramák ist heute der Wortführer der deutschbürgerlichen Parteien, die, mit ihm verbündet, die letzten Reste nationaler Selbstverwaltung tilgen und eine Herrschaft des Polizeinüssels schaffen wollen.

An den Gräbern der Märzgefallenen haben die deutschbürgerlichen Parteien, damals schon nach Ministerjesseln strebend, geschworen, die Rechte des deutschen Volkes zu verteidigen und nicht zu rufen, bis dem deutschen Volk sein volles Recht werde. Für Zölle und Kongrua, für das Geschenk der Schölenausfuhr, eine haben die deutschen Ministerparteien alle Rechte ihres Volkes der tschechischen Bourgeoisie verkauft. Die Freiheit, die im Zeichen der deutschen Minister Spina und Marx-Harting in diesem Sinne blüht, ist weit geringer als die Freiheit, die Dr. Kramák vor acht Jahren dem militärisch besetzten deutschen Gebiet belief.

Von den Idealen der Freiheit und nationalen Gleichheit, für die am 4. März 1919 deutsche Arbeiter starben, sind wir am 4. März 1927 unter dem Regime der zur Ausbeutung der Arbeiterklasse vereinigten tschechisch-deutsch-slowakischen Bürgerkoalition weiter entfernt als vor acht Jahren.

Gedenken wir der Toten des vierten März, die gleich den unglücklichen Opfern, die seit Jahrzehnten die revolutionäre Arbeiterklasse ihren Idealen bringen mußte, eingeschrieben sind im großen Herzen des Proletariats, indem wir die Schänder der teuren Gräber, die ehrsüchtigen Verwüster an der Sache ihres Volkes, die Judasparteien, die um ihren Profit die Rechte des deutschen Volkes verschachert haben, austilgen aus der Geschichte dieses Landes!

Unser Kampf.

Und wie die Kommunisten die Einheitsfront auffassen.

Mittwoch, den 2. März, fand in Spornitz eine von unserer Partei einberufene öffentliche Versammlung gegen das von der Regierung geplante Verwaltungsreformgesetz statt. Die Versammlung war gut besucht. Unter den Besuchern befanden sich auch sechs oder sieben Kommunisten. In trefflichen Worten kennzeichnete Genosse Kaufmann das Schandwerk, dem die deutschbürgerlichen Regierungsparteien die Zustimmung geben wollen. Mit Entrüstung wurde die Schilderung ihres Verhaltens durch die Versammelten aufgenommen und einmütig kam der Wille der Abwehr gegen dieses Gesetz zum Ausdruck. Nach dem Referat des Genossen Kaufmann meldete sich Genosse Kundt zum Worte und forderte zur Teilnahme an der sonntäglichen Demonstrationsversammlung auf. Die Versammelten waren sich einmütig darüber klar, daß nur der schärfste Kampf der breiten Masse das Gesetz verhindern könnte. Aber der Kommunist Jonáš bemühte sich diese Versammlung um die Sozialdemokratie in der rüdesten Weise anzufassen. Statt gegen Regierung und Bourgeoisie, wandte sich Herr Jonáš im Augenblick des Kampfes gegen die Sozialdemokratie! Wiederholt mußte er sich durch Zwischenrufe beschoren lassen, wie die Arbeiter von ihm und diesen kommunistischen Methoden denken. Die unqualifizierbare Art des Herrn Jonáš wurde sogar von seinem eigenen Parteigenossen Rubner, der erklärte, daß er mit den Ausführungen des Genossen Kaufmann vollkommen einverstanden sei, verurteilt.

Also selbst in dieser schwersten Zeit des Proletariats ist das ganze Bestreben gewisser Elemente darauf gerichtet, die Verwirrung unter der Arbeiterschaft zu vergrößern und so den bürgerlichen Parteien Handlangerdienste zu leisten!

Die Genossen Kaufmann und Stabiler brandmarkten das Verhalten dieses Kommunisten und seiner Freunde unter der lebhaften Zustimmung der ganzen Versammlung.

Die Christlichsozialen Gewerkschaften hielten am Sonntag in Mährisch-Ostau eine Konferenz ab, in der lebhaft darüber geklagt wurde, daß die Politik der tschechisch-merikalen Partei die Arbeit der christ-

lichen Gewerkschaften erschwere. In dem Sekretariatsbericht heißt es wörtlich: „In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres wurde unser organisatorisches Vorgehen in bedeutendem Maße aufgehalten durch die Angriffe der sozialdemokratischen Partei gegen die Regierungspolitik, insbesondere die Zollpolitik! Die christlichsozialen Funktionäre hatten im vergangenen Jahre eine schwierige Stellung und mußten mit großer Mühe die Angriffe der feindlichen Funktionäre abwehren.“ In der Debatte erklärte der Abgeordnete Cukil, daß er mit der Zollpolitik seiner Partei nicht übereinstimme. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der unter anderem gefordert wird: „Wir warnen die verantwortlichen Faktoren vor der Einschränkung der Ertragsleistungen der Arbeiterschaft im Bereiche ihrer Ver-

Schwere Krise im Verfassungsausschuß.

Die Slowaken gegen die Regierung. — Sensationelle Enthüllungen über Soehlas Methoden. — Vorstoß und Unfall Jurigas.

Im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses, der gestern in die Generaldebatte über die Verwaltungsreform eintrat, ist es zu einem Zwischenfall gekommen, wie er selbst in dem krisenreichen tschechisch-slowakischen Parlament wohl noch nicht da war.

Zu Beginn der Sitzung stellte nämlich der slowakische Parteiführer Juriga, also ein Angehöriger der Mehrheit, den Antrag, daß die Vorlage überhaupt von der Tagesordnung abgelehnt werden solle.

Er brachte zur Begründung dieses Antrages erbauliche Dinge über die Hintertreppengeheimnisse der Osmicka vor:

Soehla habe den Mitgliedern dieser obersten Rates der Mehrheitsparteien zwei von einander abweichende Entwürfe der Verwaltungsreform vorgelegt; in dem Exemplar, das dem Vertreter der Slowaken übergeben wurde, fehlten verschiedene Bestimmungen, die in der Regierungsvorlage enthalten sind!

Um den Betrag zu verdecken, habe Soehla den Osmicka-Mitgliedern die Entwürfe wie der abgenommen, in der Hoffnung, daß die Slowaken die eingeschmuggelten Stellen in der Regierungsvorlage übersehen werden.

Bei den übrigen Mitgliedern der Regierungsmehrheit rief dieser scharf oppositionelle Vorstoß eines Regierungsmannes große Bestürzung hervor.

Vor allem war ihnen natürlich die Ausdeckung des hinterhältigen Spiels, das die Regierungsparteien gegeneinander treiben, höchst peinlich. Dr. Kramák wendete sich gegen den Antrag Juriga, wurde aber von Dr. Cech unterbrochen, der energisch dagegen protestierte, daß über einen formalen Antrag eine Debatte abgeführt werde, während die Geschäftsordnung debattenlose Abstimmung vorschreibt. Die Beratung der Verwal-

terung nach Verlangen, daß Staat und Unternehmer die Sanierung der Bergarbeiterbrudersalven garantieren.“ Der Abgeordnete Cukil erklärte sich mit der Resolution einverstanden.

Die Verstaatlichung der Wälder. Wie das „Narodni Osvobodeni“ erfährt, wird die Wälderreform in Angriff genommen werden. Mit der Enteignung und Zuteilung der Wälder soll in den nächsten Monaten begonnen werden. Die kleinen Wälder im Umfang bis zu 800 Hektar sollen von der Enteignung nur wenig berührt werden. Objekte bis zu 2000 Hektar zu ungefähr 50 Prozent, bis 10.000 Hektar zu etwa 60 Prozent, bis 20.000 Hektar zu etwa 70 Prozent, bis 500.000 Hektar zu 75 Prozent und bis 100.000 zu 80 Prozent.

Amittags einer heftigen Kontroverse zwischen Genossen Cech und Kramák unterbrach der Vorsitzende die Sitzung auf eine Stunde.

In der Pause verhandelten die Regierungsparteien und die Minister eifrig mit Juriga und es gelang ihnen, den wilden Mann soweit breitzuschlagen, daß wenigstens die formale Fortsetzung der Beratungen ermöglicht wurde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung entschuldigte sich zunächst Dr. Kramák wegen der vom Genossen Dr. Cech gerichteten Verletzung der Geschäftsordnung und ersuchte den Vorsitzenden, die Geschäftsordnung in Hinblick auch gegen den Referenten streng zu handhaben. Darauf erklärte Juriga, daß er mit Rücksicht darauf, als die Generaldebatte diese Woche noch nicht abgeschlossen werde, seinen Antrag zurückziehe. Genosse Doktor Cech nahm ihn jedoch wieder auf, so daß Juriga gezwungen war, gegen seinen eigenen Antrag zu stimmen, um dessen Ablehnung mit 9 gegen 8 Stimmen herbeizuführen.

Als erster Debattenredner sprach hierauf Dr. Smeral, nach ihm kam Genosse Doktor Cech zu Worte, dessen großzügige Ausführungen wir an anderer Stelle wiedergeben. Nach ihm brachte der tschechische Sozialdemokrat Mešner in längerer Rede den völlig ablehnenden Standpunkt seiner Partei zu der Vorlage zum Ausdruck.

Die Sitzung wurde hierauf abgebrochen und die nächste Sitzung auf morgen Freitag anberaumt. Zur Verhandlung gelangt aber lediglich die Vorlage über die Aufhebung des Soldatenwahlrechtes, während die Generaldebatte über die Verwaltungsreform erst in der nächsten Woche fortgesetzt werden wird, falls man bis dahin mit den Slowaken ins Reine gekommen ist.

Einstündiger Proteststreik der Neufattler Glasarbeiter gegen die Verwaltungsreform.

Eine kampfbeschlossene Kundgebung während des Streiks.

Karlsbad, 3. März. (Eigenbericht.) Heute vormittags um 11 Uhr legten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Glasfabrik Neufattel die Arbeit nieder, um durch einen einstündigen Proteststreik und durch eine Kundgebung, die sie während dieser Zeit veranstalteten, gegen die schändlichen Pläne der Regierungsparteien Stellung zu nehmen. Es war eine erhebende Kundgebung von gewaltiger Größe, als sich die Arbeiterschaft im Hotel „Zur Glasfabrik“ versammelte. Der große Saal des Hotels vermochte nicht die gegen tausend Menschen zählende Versammlung zu fassen und so war auch der Gang mit Besuchern überfüllt. Unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der versammelten Arbeiterschaft erstattete Genosse Adolf Palme sein Referat. Immer wieder erfasste tiefste Entrüstung

die Versammelten, als Genosse Palme das schändliche Attentat der Bürgerregierung in seinen Einzelheiten besprach und den Verrat der Deutschbürgerlichen geißelte. Der Kampfsgeist der Massen wuchs von Minute zu Minute, und als der Redner sie zum Schlusse aufforderte, auch dann wieder geschlossen am Platze zu sein, wenn die Partei zu großen Massenkundgebungen gegen die Pläne der Reaktion rief, ging ein langanhaltender, tosender Beifallsturm durch die Versammelten.

In der vorgelegten Resolution, die einstimmig angenommen wurde, wird die gesamte Arbeiterschaft zum gemeinsamen Abwehrkampf aufgerufen.

Unzureichende Venderungen an der Bauförderung.

Die Vorlage im sozialpolitischen Ausschuss fertiggestellt.

Der sozialpolitische Ausschuss hat gestern die Beratungen des Bauförderungsentwurfes abgeschlossen. Dabei kam es zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Die Kommunisten hatten die Streichung der Bestimmungen über die Lohnschiedsgerichte beantragt, und dieser Antrag fand bei der heutigen Abstimmung dadurch eine zufällige Mehrheit, weil die tschechischen Merikalen für ihn stimmten. Der Vorsitzende Cukil geriet dadurch in solche Verwirrung, daß er in offener Ausschussführung ausrief: „Meine Herren, das widerspricht ja der Vereinbarung!“ und ganz einfach noch einmal abstimmen ließ. Bei dieser zweiten Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt, weil die Kommunisten, die bei der ersten Abstimmung mit den reaktionären Parteien gestimmt hatten, nun vor ihrem eigenen Antrag davon ließen und sich der Abstimmung enthielten. Im übrigen wurden alle Verbesserungsanträge der Opposition abgelehnt und nur einige vom Referenten beantragte Venderungen beschlossen, die aber die völlige Unzulänglichkeit des Gesetzes nicht hoben.

Als wichtigste dieser Venderungen wären hervorzuheben, daß die Unterstützung nunmehr auch Gemeinden erteilt werden kann, daß ferner

minderbemittelte Personen die Unterstützung auch für die Reparatur von Häusern erhalten können, die durch Elementarkatastrophen beschädigt wurden, ferner solche Personen, denen landwirtschaftlicher Boden zugeteilt wurde, wenn sie unbewohnte Häuser zu Wohnhäusern adaptieren und darin Kleinverbetriebe errichten. Kleinlandwirten und Kleingewerbetreibenden kann die Unterstützung auch für Wirtschaftsgebäude, beziehungsweise Wertstätten gewährt werden. In besonders rücksichtswerten Fällen kann die Unterstützung auch für solche Bauten erteilt werden, die in den Jahren 1925 bis 1927 vor Wirksamkeitsbeginn des Gesetzes errichtet wurden.

Die Höhe der Garantie, die bekanntlich für die zweite Hypothek erteilt wird, wird nunmehr mit 40 Prozent begrenzt, was also eine Verschlechterung bedeutet, dagegen wird eine höhere erste Hypothek zugelassen, so daß die Gesamtbelastung bei Gemeinden und Genossenschaften 75 Prozent wie nach dem Entwurf, bei Familienhäusern 80 Prozent betragen wird; das heißt also, daß eine Privatperson nur bauen kann, wenn sie mindestens 20 Prozent des Baukapitals aus eigenem aufbringt, während Gemeinden und gemeinnützige Baugenossenschaften sogar 25 Prozent

Eigenkapital benötigen. Die Bestimmungen über die Steuerbefreiung erfuhren insofern eine kleine Verbesserung, als die Befreiung von der Gebäudesteuer auf 25 Jahre statt auf 20 Jahre gewährt wird.

Ferner beschäftigte sich der Ausschuss mit den Teuerungszulagen der Staatsgrubenpensionisten. Der sozialpolitische Ausschuss hat am 30. November einen Antrag des Genossen Laub angenommen, wonach die Regierung aufgefordert wurde, binnen 14 Tagen einen Entwurf vorzulegen, durch welchen die Teuerungszulagen für die Provisionslisten in den staatlichen Bergbaubetrieben im früheren Ausmaße wiederhergestellt werden. Genosse Laub hat bereits in der letzten Sitzung die Durchführung dieses Beschlusses argiert, wodurch sich die Mehrheit gezwungen sah, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung eine Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten zu legen.

Namens des Minister gab nun heute Ministerialrat Dr. Stauch die Erklärung ab, daß die Regierung die Zulagen, die sie nach der Einstellung der ursprünglichen Teuerungszulagen gewährt hatte, bedeutend verbessert habe, indem sie das Anfallsalter von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt habe und die Zulagen 80prozentigen, statt bisher 100prozentigen Invaliden gewähre. Außerdem werden Hinterbliebenen, die keinen Anspruch auf die Bruderlohnleistungen haben, Unterhaltsbeiträge bezahlt. Damit gläubte (!) die Regierung, dem Beschlusse des sozialpolitischen Ausschusses entsprochen zu haben. Die Frage der Verpflichung des Staates, Teuerungszulagen auszus zahlen, sei jetzt in einem sehr komplizierten Rechtsstreit anhängig und es müsse das Urteil des Obersten Gerichtes abgewartet werden.

Wie wenig die Regierung in Wirklichkeit dem Ausschussbeschlusse entsprochen hat, geht daraus hervor, daß die jetzigen Teuerungszulagen, auch nach ihrer Erhöhung einen jährlichen Aufwand von nicht ganz fünf Millionen erfordern, während die früheren Teuerungszulagen 17 Millionen Kronen betragen hatten.

Genosse Laub brachte daher die Empörung der sozialistischen Parteien über die Regierungserklärung zum Ausdruck und beantragte, daß der Minister Spina aufgefordert werden solle, sofort in der Sitzung zu erscheinen und das Vorgehen der Regierung zu rechtfertigen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragte er, die Regierungserklärung nicht zur Kenntnis zu nehmen, und verlangte schließlich, daß sofort in die Beratung der vorliegenden Initiativanträge zu diesem Punkte eingegangen werde.

An der Debatte beteiligten sich die tschechischen Genossen Brožík und Joháns, die Kommunisten Sítka und Smerda, der Nationalsozialist Tušný, der tschechische Merikale Petr und der slowakische Merikale Pazmá. Charakteristisch ist, daß auch die Merikalen Redner die Not der Grubenpensionisten in den krassesten Farben schilderten. Trotzdem halfen sie, die Anträge des Genossen Laub nie der Zustimmung, welche mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt wurden.

Petr beantragte dann, daß die Regierung aufgefordert werden solle, die Vorlage zur Regelung dieser Frage binnen vier Wochen zu unterbreiten. Der Zusatzantrag des Genossen Laub, daß bis zur parlamentarischen Verabschiedung dieser Vorlage die Teuerungszulagen im alten Ausmaße rückwirkend ausbezahlt sind, wurde abgelehnt, und zwar auch mit den Stimmen der Merikalen aller Nationen, die damit ihre Demagogie restlos entfarben. Den Antrag Laub, daß die Regierungserklärung nicht zur Kenntnis genommen werden solle, brachte der Vorsitzende nicht zur Abstimmung, weil nach der Auslegung des Hauspräsidiums eine Abstimmung über die Kenntnisnahme von Regierungserklärungen im Ausschusse nicht zulässig sei. Die Opposition protestierte gegen diesen Vorgang, worauf sich der Vorsitzende bereit erklärte, vom Präsidium des Hauses neue Weisungen einzuholen.

Auch die Lehrer sollen vom politischen Leben ferngehalten werden?

Šodza schweigt sich über die Schulautonomie aus.

Im Kulturausschuß hielt gestern Schulminister Dr. Šodza ein Referat über die Richtlinien unserer kulturellen und Schulpolitik, wobei er die Notwendigkeit hervorhob, einen Mittelweg zwischen Individualismus und Kollektivismus zu finden. Die Lehrerschaft dürfe nicht den Zusammenhang mit der Bevölkerung verlieren, andererseits müsse sie sich von politischer Parteilichkeit fernhalten. Er kündigte eine Reihe von Gesetzesvorlagen an, darunter eine Novelle des Gesetzes über die Errichtung und Erhaltung von Bürgerschulen sowie ein Gesetz über die Dienstverhältnisse der Inspektoren. Ferner soll demnächst eine Durchführungsverordnung zum Lehrergesetz herausgegeben und darin die Dienstpragmatik der Professoren auf die Lehrer angewendet werden.

Dann befahte er sich mit Mittelschulfragen und kündigte die weitere Aufhebung einiger Anstalten an. Bezüglich der Kirchenpolitik erklärte es der Minister für unhaltbar, daß in der Slowakei kirchliche Würdenträger wirken, die ohne Wissen der Regierung eingesetzt wurden. Dieser ganze Fragenkomplex werde im Wege einer Vereinbarung und nicht auf Grund von radikalen Schlagworten bereinigt werden müssen. Auch die Regelung der Diözesangrenzen in der Slowakei, die mit den Staatsgrenzen in Einklang gebracht werden müßten, sei unbedingt notwendig.

Die Debatte über die Erklärung des Ministers findet am 10. ds. statt.

Tagesneuigkeiten.

Das sterbende Fallener Kohlenrevier

Das Fallener Kohlenrevier, das vor dem Kriege 12.000 Bergarbeiter beschäftigte, scheint direkt auf den Aussterbetat gefest zu sein. Heute beschäftigt das Revier kaum mehr 5000 Bergarbeiter und diese nur noch notdürftig und mit Teierschichten. Nach dem englischen Bergarbeiterstreik trat abermals eine Absatzkrise ein, so daß es zu weiteren Arbeiterentlassungen kommt. Am 26. Feber wurden auf einem Werke in Ziedlis 86 Bergarbeiter entlassen. Von den Bergleuten in Haberzspirk wird in nächster Zeit mit der Entlassung von 80 bis 100 Mann gerechnet. Unter den von der Entlassung betroffenen Familienvätern sind solche mit sechs und mehr Kindern. Der Hunger hält Einzug in diesen Familien, da jetzt im Winter keine Beschäftigung zu finden ist. Die Regierung sieht dem Untergang des Reviers ruhig zu, statt die Kohlensteuer, die hohen Frachtsätze zu ermäßigen und der Kohle dadurch Absatz zu sichern. Der Egerer Bahnhof bietet einen trefflichen Ueberblick über den Niedergang des Reviers. Vor dem Kriege stand er täglich mit hunderten von Kohlenwaggons angefüllt, heute sieht er direkt wie ausgekehrt aus, alle Gelseise leer. Es wäre höchste Zeit, daß die Regierung zu energischen Maßnahmen zur Belebung des Bergbaues im Fallener Revier schreitet, um der Not und Arbeitslosigkeit zu steuern.

Massenmörderi the Howalische Zigeuner die ihre Djer - auffressen!

Das „Prager Tagblatt“ bringt folgende Meldung aus Kischau, deren Inhalt: — seine Richtigkeit vorausgesetzt — alles in den Schatten stellt, was man sich schon bisher unter ostslawischer Kultur vorgestellt hat:

Im Zigeunerviertel von Moldawa (Gau Abauj-Torna) in der Ostslowakei wurde eine Bande von Zigeunern verhaftet, welche bisher der Verübung von neun Morden überführt wurden. Aufgedeckt wurde das Verbrechen durch die Ermordung eines Kaufmanns, als dessen Mörder der Zigeuner Alexander Silke und einige seiner Genossen festgestellt wurden. Die Art, mit der der Kaufmann erschlagen worden war, erwies sich als Eigentum eines alten Holzjägers in einem Nachbarort, der mit seiner Frau ermordet aufgefunden wurde. Die Verhafteten gestanden auch diese Tat. Durch die täglichen Verhöre zermürbt, gestanden sie noch weitere Mordtaten ein und gaben die Stellen an, wo die Leichen angegraben worden waren. Trotz eifrigster Nachforschungen wurden jedoch die Ueberreste der Ermordeten nicht gefunden.

Schließlich erklärte Silke: „Ich schäme mich, aber wir haben die Leute aufgefressen.“ Der Untersuchungsrichter wollte diesen Angaben keinen Glauben schenken, aber Silke blieb bei seiner Aussage. Die Opfer — es handelte sich um sechs — seien an Ort und Stelle zerstückelt, ins Lager getragen und dort von Zigeunerinnen zubereitet worden. Auch die anderen Verhafteten, die in Einzelzellen untergebracht sind, bestätigten die Aussagen ihres Führers und gaben sogar die Namen jener Frauen an, welche diese kanibalische Gastmahl zubereitet hatten. Vier Frauen wurden verhaftet, die gestanden, Menschenfleisch zubereitet zu haben. Eine Untersuchungskommission, bestehend aus dem leitenden Staatsanwalt Dr. Martinek, dem Untersuchungsrichter Dr. Hof und dem Gerichtsarzt Dr. Striml, kehrte sich nach Moldawa und nahm im Zigeunerviertel eine eingehende Durchsuchung vor. Alle im Lager gefundenen Knochenreste wurden nach Kischau geschafft, wo untersucht werden soll, ob es sich um Menschenknochen handelt. Im ganzen befinden sich 26 Zigeuner in Haft.

Halloh, Prag? Nein: Halloh, Praha! Der Anführer der deutschen Sendungen im Prager Rundfunk hat bisher, wie selbstverständlich, immer mit dem Aviso begonnen: „Halloh, Prag!“ Seit gestern ist das anders. Der Anruf lautet nun, gezwungenermaßen, „Halloh, Praha!“ Der „nationale“ Charakter der Republik war durch die tägliche Nennung des Wortes „Prag“ in Gefahr geraten und diese Gefahr ist nun endlich auf Veranlassung der „Raxodni Listy“ und über Verfügung der Verwaltungskommission des Radiojournals beseitigt worden. Die tschechischen Patrioten atmen erleichtert auf. Diese Angelegenheit hat, so unbedeutend sie auch manchem erscheinen mag, einige, durchaus nicht belanglose Seiten. Und die interessanteste ist wohl die, auf der vermerkt ist, daß zur Zeit der allnationalen tschechischen Koalition das Wort „Prag“ im Rundfunk geduldet wurde und erst jetzt beseitigt wird, nachdem wir vier Monate mit einer internationalen Regierung beglückt sind, in der zwei deutsche Minister sitzen. Man sieht, daß es dieselben Herren und ihren Parteien großartig gelingt, so wie im Großen so auch im Kleinen das nationale Versöhnungswort anzubahnen. Schließlich wird vielleicht auch noch die Presse gezwungen werden, immer Praha anstatt Prag zu schreiben und es wird nur bei einer einzigen Ausnahme bleiben: jenes Blatt, das dazu berufen ist, das Ausland planmäßig über die Zustände in der Tschechoslowakei zu täuschen, wird sich weiterhin „Prager Presse“ nennen dürfen.

Zum Tode des Professors Heveroch. Wie wir bereits meldeten, ist Mittwoch Professor He-

Geipels mißglücktes Wahlmanöver.

Wien, 3. März. (Eigenbericht.) Der gestrige Einbruch des Militärs in das Arsenal stellt sich jetzt offenkundig als ein Wahlmanöver der Regierung heraus. Geipel rechnete offenbar darauf, im Arsenal Waffen des republikanischen Schupbundes aufzufinden und damit einen Wahlschlag gegen die Sozialdemokraten zu haben. Deshalb hat sich der Heeresminister über alle Bestimmungen des Gesetzes hinweggesetzt und hat eigenmächtig Militärhinzugeführt, obwohl nach dem Gesetz Militärassistenz nur vom Landeshauptmann, das ist in Wien der Bürgermeister Genosse Seib, angesprochen werden kann. Genosse Seib erklärte heute öffentlich, daß er Militärassistenz nicht verlangt hat und daß auch der Polizeipräsident von Wien ein solches Verlangen an das Militär nicht gestellt hat. Im Arsenal hat das Militär aber keine wirklichen Waffen gefunden, sondern nur Waffenbestandteile, die aus den Beständen der alten Demobilisierung vom Kriege her im Arsenal lagen, die Eigentum der gemeinwirtschaftlichen Anstalt „Oesterreichische Werke“ sind und von dieser allmählich abverkauft werden, damit sie ihre alten Schulden bezahle. Dieser Verkauf geschieht unter Kontrolle eines Vertreters des Heeresministeriums. Als Ausrede für die Intervention wurde eine Anzeige genommen, die offenbar vom Heeresminister bestellt war, nach welcher Waffenbestandteile herumliegend gefunden worden seien. Als die Arbeiter von Favoriten gestern von dem Erscheinen des Militärs erfuhren, entstand eine große Aufregung und einige tausend Arbeiter drangen in das Arsenal ein, und es gelang nur mit Mühe den Vertrauensmännern, sie zu bewegen, daß sie der weggelassenen Widergeseligen Amisbehandlung des Militärs keine Schwierigkeiten bereiten. Heute früh hat das Militär die aufgefundenen Waffenbestandteile abgeführt. Im Laufe des Vormittags

schon waren die Arbeiter in den Fabriken in größter Erregung und es gelang nur sehr schwer sie zu bewegen, von einem Proteststreik abzusehen. Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften, die heute Vormittag tagte, beriet über Maßnahmen, die unternommen werden sollen, um für die Zukunft ein derartiges Vorgehen des Militärs zu verhindern. Die Beratungen waren vertraulich. Die Beschlüsse wurden nachmittags auch von der Gewerkschaftskommission gebilligt. Im Parlament brachte heute Dr. Bauer die gestrigen Vorgänge zur Sprache und erklärte, daß ein offenkundiger Mißbrauch durch den Heeresminister vorliege und verlangte, namentlich mit Hinweis auf die ungläublichen Verhaftungen in Schaitendorf, daß die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt durch widergeseligen Störung des Hausfriedens gegen den Heeresminister und gegen den Major einleite, der gestern den Einbruch in das Arsenal kommandiert hat. Er stellt ausdrücklich fest, daß es sich bei den aufgefundenen Waffen nicht um Kriegsmaterial handle, sondern um Altmaterial, das ständig abverkauft wurde. Auch Genosse Dr. Danneberg legte dar, daß es sich der Regierung um ein Wahlmanöver handle, aber abgesehen davon, habe der Heeresminister noch die Absicht gehabt, das Arsenal um den Kaufpreis für diese Waffenbestandteile zu betrügen, denn er habe regelmäßig diese Waffenbestandteile gekauft und wollte sich gestern durch Raub ohne Bezahlung in den Besitz des Materials setzen. Die Erregung der Arbeiterchaft hat sich im Laufe des gestrigen Tages gelegt, um so mehr, da sich jetzt herausstellte, daß das Wahlmanöver, vollständig mißlungen ist und mit einer Plamage der Regierung geendet hat.

Kein Abbruch der Beziehungen zu Rußland.

London, 3. März. Staatssekretär für Aeußeres, Chamberlain, brachte in seiner Rede im Unterhause indirekt zum Ausdruck, daß die diplomatischen Beziehungen mit Rußland nicht abgebrochen werden. Er erklärte, er habe der britischen Regierung dringend Geduld und Nachsicht empfohlen angesichts einer fortgeschrittenen Herausforderung, wie sie Großbritannien niemals zuvor von Seiten irgend einer Nation zu ertragen hatte und für die es keine Parallele gebe. Er erkenne jedoch, daß es Grenzen gebe, über die hinaus diese Geduld nicht ertragen werden könne. Die Regierung behalte sich vor, sowohl

die Zweckmäßigkeit irgend eines Schrittes, als auch den Zeitpunkt, wann er zu erfolgen habe, zu beurteilen.

Kabinettsliste in Mecklenburg.

Schwerin, 3. März. (Wolff.) Zu der heutigen Abstimmung über den Haushaltsplan für 1927/28 wurde der Haushaltsplan mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Gegen den Plan stimmte die mecklenburgische Rechte, drei Wirtschaftler und der eine antwortsende Kommunist. Die Regierung behält sich ihre Entschliessung vor. Die Kommunisten stellten hierauf ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, welches angenommen wurde. Die Regierung erklärte darauf ihren Rücktritt.

Der Massenmörder Sandner. Der Massenmörder Franz Sandner, dem in einer Nacht 6 Menschenleben zum Opfer fielen, soll, wie es die Presse dieser Tage verkündet, zur Begnadigung empfohlen werden. Das Volk, das von Tag zu Tag nur mehr auf die Vollstreckung des Todesurteils wartete, wurde durch diese Wendung der aufregenden Kriminalgeschichte enttäuscht. Durch diesen Begnadigungsvorschlag wird die tiefste Erbitterung der Bevölkerung hervorgerufen, denn wie weit kann auf diese Weise heutzutage ein Verbrecher gehen, wenn es keine entsprechende Zühne gibt? Das Volk verlangt ein Gericht Aug um Auge, Zahn um Zahn und das heißt: an den Galgen mit Sandner und keinen Begnadigungsvorschlag!

Das Blättlein bleibt seinen deutschradikalen Traditionen treu und bewegt sich frisch und munter in den Fußtapfen Galgenheines, des deutschnationalen Apostels, dem im Kriege familiär zu wenig gehent wurde. Dem aufrechten deutschen Manne, der obige Galgennotiz geschrieben hat, könnte geholfen werden. Bekanntlich ist die Stelle eines Hensers vom Prager Landesgericht ausgeschrieben worden. Vielleicht bewirbt er sich darum; er könnte dann gründlich seinen Galgenelästen fröhnen. Als Befähigungsnachweis könnte er die Notiz vorlegen.

Daneben gehaut. Der „Tag“ schließt eine Notiz „Judentum und Verbrechen“ mit folgendem Satz:

„Die Sympathien der Juden beschränken sich bekanntlich nicht auf die Eisenbahnlebe, sie setzen sich auch für die Eisenbahnmörder ein. Wenigstens wenn sie, wie der Schlesinger, jüdischen Stammes sind.“

Schlesinger, der Verbrecher von Leiseferde, war bekanntlich nicht nur ein Jude, sondern zeigte, wenigstens längere Zeit, ein ausgeprägtes Antisemitentum als Mitglied völkischer Vereine. Wenn ihm aber Juden Sympathien entgegenbrachten, so sollte sie deswegen der „Tag“ nicht scheuen, denn, da diese Sympathien einen Geistesverwandten des „Tag“ galten, fällt doch auch für diesen etwas davon ab. Uebrigens, trotz aller Verhufe, den Schlesinger zum Juden zu machen, bleibt er doch ein Völkischer und paßt auch gar nirgends anders hin.

In der Tschechoslowakei hätten sie ihn eingesperrt. In der letzten Volltagssitzung in Danzig kam es bei der Beratung des Erwerbslosensfürsorge-Gesetzes zu Tumulten, in deren Verlauf ein Abgeordneter dem Präsidenten die Glocke entricht und zu Boden warf. Der Abgeordnete wurde für einen Sitzungstag ausgeschlossen.

„Wir wollen de Pinedo, aber nicht Mussolini!“ Der italienische Flieger de Pinedo wurde Mitt-

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

- Prag, 3. März. 11: Schulplattenfunk. 11:40: Briefkasten. 12:00: Nachrichten. 12:15: Mittagskonzert. 1: Reichert: Die Wähe am Besten. C. Bauer. 2: Gombos: Jank und Margarete. 3: Gombos: Die Wähe am Besten. 4: Gombos: Die Wähe am Besten. 5: Gombos: Die Wähe am Besten. 6: Gombos: Die Wähe am Besten. 7: Gombos: Die Wähe am Besten. 8: Gombos: Die Wähe am Besten. 9: Gombos: Die Wähe am Besten. 10: Gombos: Die Wähe am Besten. 11: Gombos: Die Wähe am Besten. 12: Gombos: Die Wähe am Besten. 13: Gombos: Die Wähe am Besten. 14: Gombos: Die Wähe am Besten. 15: Gombos: Die Wähe am Besten. 16: Gombos: Die Wähe am Besten. 17: Gombos: Die Wähe am Besten. 18: Gombos: Die Wähe am Besten. 19: Gombos: Die Wähe am Besten. 20: Gombos: Die Wähe am Besten. 21: Gombos: Die Wähe am Besten. 22: Gombos: Die Wähe am Besten. 23: Gombos: Die Wähe am Besten. 24: Gombos: Die Wähe am Besten. 25: Gombos: Die Wähe am Besten. 26: Gombos: Die Wähe am Besten. 27: Gombos: Die Wähe am Besten. 28: Gombos: Die Wähe am Besten. 29: Gombos: Die Wähe am Besten. 30: Gombos: Die Wähe am Besten. 31: Gombos: Die Wähe am Besten. 32: Gombos: Die Wähe am Besten. 33: Gombos: Die Wähe am Besten. 34: Gombos: Die Wähe am Besten. 35: Gombos: Die Wähe am Besten. 36: Gombos: Die Wähe am Besten. 37: Gombos: Die Wähe am Besten. 38: Gombos: Die Wähe am Besten. 39: Gombos: Die Wähe am Besten. 40: Gombos: Die Wähe am Besten. 41: Gombos: Die Wähe am Besten. 42: Gombos: Die Wähe am Besten. 43: Gombos: Die Wähe am Besten. 44: Gombos: Die Wähe am Besten. 45: Gombos: Die Wähe am Besten. 46: Gombos: Die Wähe am Besten. 47: Gombos: Die Wähe am Besten. 48: Gombos: Die Wähe am Besten. 49: Gombos: Die Wähe am Besten. 50: Gombos: Die Wähe am Besten. 51: Gombos: Die Wähe am Besten. 52: Gombos: Die Wähe am Besten. 53: Gombos: Die Wähe am Besten. 54: Gombos: Die Wähe am Besten. 55: Gombos: Die Wähe am Besten. 56: Gombos: Die Wähe am Besten. 57: Gombos: Die Wähe am Besten. 58: Gombos: Die Wähe am Besten. 59: Gombos: Die Wähe am Besten. 60: Gombos: Die Wähe am Besten. 61: Gombos: Die Wähe am Besten. 62: Gombos: Die Wähe am Besten. 63: Gombos: Die Wähe am Besten. 64: Gombos: Die Wähe am Besten. 65: Gombos: Die Wähe am Besten. 66: Gombos: Die Wähe am Besten. 67: Gombos: Die Wähe am Besten. 68: Gombos: Die Wähe am Besten. 69: Gombos: Die Wähe am Besten. 70: Gombos: Die Wähe am Besten. 71: Gombos: Die Wähe am Besten. 72: Gombos: Die Wähe am Besten. 73: Gombos: Die Wähe am Besten. 74: Gombos: Die Wähe am Besten. 75: Gombos: Die Wähe am Besten. 76: Gombos: Die Wähe am Besten. 77: Gombos: Die Wähe am Besten. 78: Gombos: Die Wähe am Besten. 79: Gombos: Die Wähe am Besten. 80: Gombos: Die Wähe am Besten. 81: Gombos: Die Wähe am Besten. 82: Gombos: Die Wähe am Besten. 83: Gombos: Die Wähe am Besten. 84: Gombos: Die Wähe am Besten. 85: Gombos: Die Wähe am Besten. 86: Gombos: Die Wähe am Besten. 87: Gombos: Die Wähe am Besten. 88: Gombos: Die Wähe am Besten. 89: Gombos: Die Wähe am Besten. 90: Gombos: Die Wähe am Besten. 91: Gombos: Die Wähe am Besten. 92: Gombos: Die Wähe am Besten. 93: Gombos: Die Wähe am Besten. 94: Gombos: Die Wähe am Besten. 95: Gombos: Die Wähe am Besten. 96: Gombos: Die Wähe am Besten. 97: Gombos: Die Wähe am Besten. 98: Gombos: Die Wähe am Besten. 99: Gombos: Die Wähe am Besten. 100: Gombos: Die Wähe am Besten.

Deutschland.

- Königsbrunnhausen, 13.00. 15: Raundfunk. 15:30: Esplanade. 16:00: Methode des geographischen Unterrichts. 17: Raundfunk. 17:30: Esplanade. 18:00: Raundfunk. 18:30: Esplanade. 19:00: Raundfunk. 19:30: Esplanade. 20:00: Raundfunk. 20:30: Esplanade. 21:00: Raundfunk. 21:30: Esplanade. 22:00: Raundfunk. 22:30: Esplanade. 23:00: Raundfunk. 23:30: Esplanade. 24:00: Raundfunk. 24:30: Esplanade. 25:00: Raundfunk. 25:30: Esplanade. 26:00: Raundfunk. 26:30: Esplanade. 27:00: Raundfunk. 27:30: Esplanade. 28:00: Raundfunk. 28:30: Esplanade. 29:00: Raundfunk. 29:30: Esplanade. 30:00: Raundfunk. 30:30: Esplanade. 31:00: Raundfunk. 31:30: Esplanade. 32:00: Raundfunk. 32:30: Esplanade. 33:00: Raundfunk. 33:30: Esplanade. 34:00: Raundfunk. 34:30: Esplanade. 35:00: Raundfunk. 35:30: Esplanade. 36:00: Raundfunk. 36:30: Esplanade. 37:00: Raundfunk. 37:30: Esplanade. 38:00: Raundfunk. 38:30: Esplanade. 39:00: Raundfunk. 39:30: Esplanade. 40:00: Raundfunk. 40:30: Esplanade. 41:00: Raundfunk. 41:30: Esplanade. 42:00: Raundfunk. 42:30: Esplanade. 43:00: Raundfunk. 43:30: Esplanade. 44:00: Raundfunk. 44:30: Esplanade. 45:00: Raundfunk. 45:30: Esplanade. 46:00: Raundfunk. 46:30: Esplanade. 47:00: Raundfunk. 47:30: Esplanade. 48:00: Raundfunk. 48:30: Esplanade. 49:00: Raundfunk. 49:30: Esplanade. 50:00: Raundfunk. 50:30: Esplanade. 51:00: Raundfunk. 51:30: Esplanade. 52:00: Raundfunk. 52:30: Esplanade. 53:00: Raundfunk. 53:30: Esplanade. 54:00: Raundfunk. 54:30: Esplanade. 55:00: Raundfunk. 55:30: Esplanade. 56:00: Raundfunk. 56:30: Esplanade. 57:00: Raundfunk. 57:30: Esplanade. 58:00: Raundfunk. 58:30: Esplanade. 59:00: Raundfunk. 59:30: Esplanade. 60:00: Raundfunk. 60:30: Esplanade. 61:00: Raundfunk. 61:30: Esplanade. 62:00: Raundfunk. 62:30: Esplanade. 63:00: Raundfunk. 63:30: Esplanade. 64:00: Raundfunk. 64:30: Esplanade. 65:00: Raundfunk. 65:30: Esplanade. 66:00: Raundfunk. 66:30: Esplanade. 67:00: Raundfunk. 67:30: Esplanade. 68:00: Raundfunk. 68:30: Esplanade. 69:00: Raundfunk. 69:30: Esplanade. 70:00: Raundfunk. 70:30: Esplanade. 71:00: Raundfunk. 71:30: Esplanade. 72:00: Raundfunk. 72:30: Esplanade. 73:00: Raundfunk. 73:30: Esplanade. 74:00: Raundfunk. 74:30: Esplanade. 75:00: Raundfunk. 75:30: Esplanade. 76:00: Raundfunk. 76:30: Esplanade. 77:00: Raundfunk. 77:30: Esplanade. 78:00: Raundfunk. 78:30: Esplanade. 79:00: Raundfunk. 79:30: Esplanade. 80:00: Raundfunk. 80:30: Esplanade. 81:00: Raundfunk. 81:30: Esplanade. 82:00: Raundfunk. 82:30: Esplanade. 83:00: Raundfunk. 83:30: Esplanade. 84:00: Raundfunk. 84:30: Esplanade. 85:00: Raundfunk. 85:30: Esplanade. 86:00: Raundfunk. 86:30: Esplanade. 87:00: Raundfunk. 87:30: Esplanade. 88:00: Raundfunk. 88:30: Esplanade. 89:00: Raundfunk. 89:30: Esplanade. 90:00: Raundfunk. 90:30: Esplanade. 91:00: Raundfunk. 91:30: Esplanade. 92:00: Raundfunk. 92:30: Esplanade. 93:00: Raundfunk. 93:30: Esplanade. 94:00: Raundfunk. 94:30: Esplanade. 95:00: Raundfunk. 95:30: Esplanade. 96:00: Raundfunk. 96:30: Esplanade. 97:00: Raundfunk. 97:30: Esplanade. 98:00: Raundfunk. 98:30: Esplanade. 99:00: Raundfunk. 99:30: Esplanade. 100:00: Raundfunk. 100:30: Esplanade.

wach nach seiner Landung in Buenos Aires vom Präsidenten der Republik, Alvear, empfangen. Wie einige Blätter erfahren, kam es zu antisemitischen Kundgebungen, als de Pinedo bei einem Fenster des Präsidialgebäudes erschien und eine Ansprache an die Volksmenge richtete. Es wurden Rufe laut: Wir wollen de Pinedo, aber nicht Mussolini. Es kam zu einem heftigen Scharrmühl zwischen fascistischen und antisemitischen Anhängern. Die Polizei mußte einschreiten und die Ordnung wieder herstellen.

Eine Giftmord-Affäre in Prag. Ueber Auftrag des Untersuchungsrichters des Prager Strafgerichtes wurde der ehemalige Grundbesitzer Friedrich Wojtechovsky, wohnhaft in Prag, unter dem Verdachte des Mordes an seiner Gattin, verhaftet. Wojtechovsky steht unter dem begründeten Verdacht, seiner Frau durch längere Zeit wiederholt kleinere Mengen Strichmin in verschiedene Speisen gegeben zu haben, zum letztenmal am 28. Jänner in den Morgenstunden eine größere Menge, die um 10 Uhr vormittag den Tod herbeigeführt hat. Wegen Beihilfe zu dem vorläufigen Mord wurde der Antiquitätenhändler Otto Klein aus Prag verhaftet. Die Verhafteten wurden dem Strafgericht eingeliefert. Es wurde festgestellt, daß die Frau auf eine Viertel Million Kronen versichert war und daß Wojtechovsky den Antiquitätenhändler Klein mit der Behebung der Versicherungssumme beauftragt hatte. Die Zusammenhänge sind allerdings noch dunkel. Wojtechovsky ist 32 Jahre alt, seine Frau, die Tochter eines Prager Gramophonhändlers, war 29 Jahre alt. Die beiden Verhafteten leugnen die Schuld.

Die kauschen Studenten von Löwen. Als in Löwen der Film „Wege zu Kraft und Schönheit“ aufgeführt wurde, protestierten die katholischen Studenten der Löwener Universität gegen diese Aufführung. Sie veranlaßten sich vor dem Kino und forderten unter lauten Protestrufen, daß dieser „immoralische Film“ sofort abgesetzt werden sollte. Die Polizei zerstreute die 400 Demonstranten und nahm einige Verhaftungen vor. Der Universitätsrektor hat jede Intervention zugunsten der Verhafteten abgelehnt. — Bravo!

Bei einer schweren Explosion auf einem italienischen Kohlenstift in Genua wurden sieben Matrosen des Schiffes durch Brandwunden schwer verletzt.

Tägliches Bergarbeiterschicksal. Aus Mühlheim a. d. Ruhr wird gemeldet: Auf der Zeche „Humboldt“ ereignete sich eine Schlagwetterexplosion, durch die drei Bergleute schwer verletzt wurden. Der Betrieb ist gestoppt.

Mission mit Hindernissen. Australische Eingeborene vom Festlande haben die Missionen in den Tropen auf den Krokodillinseln am 13. Februar angegriffen und einen Geistlichen leicht verwundet. Die Missionäre machten ihren Angreifern eine Niederlage bei und nahmen mehrere von ihnen gefangen.

Katastrophaler Erdstöß auf Korsika. Nach Blättermeldungen sind aus bisher unbekannten Gründen Berge auf der Mittelmeerinsel Korsika völlig in sich eingesunken. Die in der Umgebung wohnende Bevölkerung konnte sich bloß zum Teile retten. Man befürchtet, daß die Katastrophe viele Todesopfer gefordert hat. Zahlreiche Häuser des etwa über 700 Seelen zählenden Dorfes Viscogli auf Korsika sind in sich zusammengefallen. Die Bevölkerung ist unter Mitnahme ihrer beweglichen Habe panikartig geflüchtet. Man vermutet, daß die Katastrophe auf einen Erdstöß zurückzuführen ist.

Selbstmord eines Brünner Roters. In den Räumlichkeiten des Deutschen Männergesangsvereines erhängte sich Mittwoch der 60 Jahre alte Roter Dr. Karl Ludwig, welcher vor kurzem vom Amte suspendiert worden war und wegen Veruntreuung von Depositen seiner Klienten in Untersuchung stand.

Auto und Schnellzug. „Lavoro d'Italia“ berichtet, daß bei einem Uebergang in der Nähe von Bologna ein Automobil von dem Schnellzuge Mailand-Rom überfahren worden ist. Einer der Insassen war augenblicklich tot, während zwei weitere schwer und einer leicht verletzt wurden.

Die Mutter des Reichstagspräsidenten Gestossen. Die Mutter des Reichstagspräsidenten Hans Luther ist am 27. Februar in der Nähe von Berlin gestorben. Sie war 75 Jahre alt und litt an einer Herzkrankheit. Ihre Leiche wird in Berlin beigesetzt werden.

Die Opfer der englischen Bergwerkskatastrophe. Die Zahl der Todesopfer, die die Grubenkatastrophe in Südwales erregt hat, ist auf 1000 geschätzt. Die Bergwerksbesitzer sind fähig bemüht, durch die Verschmelzung der Bergwerke die Zahl der Opfer zu verringern.

Verstoß gegen das Berufsgeheimnis. In Bern beantragte eine Fernsprechbeamtin ein Gespräch zwischen der Frau eines Offiziers und ihrem Freund. Die Beamtin wurde wegen Verstoßes gegen das Berufsgeheimnis bestraft.

Der erste Frühlingsschnee.

Als willkommener und lange erwarteter Besucher des kalten Winters wagt sich, wenn noch alle anderen Blumen in ihren grünen Tüchern sorgfältig eingepackt unter den braunen Schollen auf wärmere

Seiten warten, das Schneeglöckchen hervor, und mit Hilfe seiner horren und schneidigen Hüllblätter gelangt es ihm leicht, die feste Erde zu durchstoßen. Der nicht selten noch gefrorene Boden vermag ihm natürlich nur recht wenige Stoffe für seine Ernährung zu bieten; aber unser kleiner Sonderling ist deshalb in seiner Verlegenheit, denn die unterirdischen Zammverbindungen der Zwiebel ermöglichen dem Schneeglöckchen und seinen Verwandten das Ueberdauern von Zeiten günstiger Wachstumsbedingungen, da in der Zwiebel im Vorjahre Stoffe, sogenannte Reservestoffe, aufgespeichert wurden, aus denen die nach der Vegetationsruhe aus dem Boden hervortretenden, Pflanzenteile gebildet werden. Die blühenden milchweiß gefärbten Blütenblätter haben eine rechte eigenartige Aufgabe zu erfüllen; sie dienen nämlich zur Anlockung von Insekten, die den Blütenstaub auf die Narben des Pflanzchens übertragen, so daß auf diese Weise die Fortpflanzung mit einer ganz besonderen Schlaubeit sichergestellt ist.

Seit alten Zeiten wird bei dem Volke die weiße Erstlingsblume als Kalendersymbol und Verkünderin besserer Tage besonders verehrt und dafür zeugen auch die mannigfaltigen Namen, wie z. B. „Schneeröschen“, „Schneeweißchen“, „Schneeglockchen“ usw., die sich im Volksmunde neben dem einfachen „Schneeglockchen“ eingebürgert haben. In früheren Zeiten wurde das Schneeglockchen auch der Kunst des Kutschens dienlich gemacht, da man lange in dem Artium befangen war, das aus ihm herausdestillierte Wasser als Heilmittel gegen Augenschmerzen anzuwenden.

Recht interessant ist auch die Tatsache, daß das Schneeglockchen wohl die einzige Pflanze ist, die jeder, auch der raffinierteste Gärtnerkunst spottet, die doch bekanntlich heutzutage imstande ist, geradezu die Umkehrung der Jahreszeiten in den Treibhäusern zu bewirken. Nicht weniger als volle zehn Jahre lang gab sich ein besonders Wissensdurstiger die Mühe, das Schneeglockchen wie Veilchen, Flieder usw. vor der Wärme in der freien Natur im Treibhaus zur Entfaltung eines Glöckchens zu bringen — aber alle Anstrengungen waren vergebens, denn natura non facit saltus! (Die Natur macht keine Sprünge).

E. Sch.

Volkswirtschaft. Gewerkschaftsbürokratie.

Der Beamtenapparat der russischen Gewerkschaftszentrale.

Der letzte Bericht des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion (erschienen in Buchform in russischer Sprache) enthält folgende Angaben über den Beamtenapparat des Zentralrates:

Die Gesamtzahl der Beamten (wohl einschließlich der besoldeten Zentralmitglieder) erreichte am 1. Oktober 1925 232, am 1. Oktober 1926 273. Selbst wenn man die Beamten des Zentralbüros für Arbeitsstatistik, das in seiner Bedeutung einer staatlichen Zentralverwaltung für Arbeitsstatistik nahesteht, nicht mitzählt, erreichte die Zahl der Beamten des Zentralrates (am 1. Oktober 1926) 199, darunter 79 sogenannte „verantwortliche“ Angestellte (etwa leitende Beamte, Sekretäre, Instruktoren u. a.) und 120 „technische“, d. h. vorwiegend Stanzleinstellen. Es ist nicht ohne Interesse, zu erwähnen, daß die Kommission für auswärtige Beziehungen allein 8 Angestellte zählt.

In den obigen Zahlen sind dabei die Angestellten der Verlagsabteilung des Zentralrates nicht mit eingerechnet. Ueber deren Zahl enthält der Bericht keine vollständigen Angaben; es wird nur mitgeteilt, daß die Zeitung des Zentralrates „Trud“, bei einer Auflage von 65.000 54 Ange-

stellte in der Redaktion und weitere 40 Angestellte in der Expedition beschäftigt. Man sollte glauben, dies wären Rekordzahlen des Bürokratismus; aber vor einem Jahre war es noch schlimmer: dieselbe Zeitung zählte damals bei einer Auflage von 71.000 55 Redaktions- und 66 Expeditions-Angestellte.

Gesekentwürfe über Kollektivverträge und Arbeitsgerichte in Schweden.

Die schwedische Regierung legte im Jahre 1926 gemäß den Anregungen des Reichstages eine Kommission ein, die die Voraussetzungen für die Förderung des Arbeitsfriedens auf dem Wege der Gesetzgebung untersuchen sollte. Die Aufgabe dieser sogenannten Arbeitsfriedenskommission sollte jedoch zunächst auf die Ausarbeitung eines Entwurfes betz. des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens bei sogenannten Rechtsfragen, d. h. Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Auslegung der Vertragsbestimmungen beschränkt sein. Nach Ansicht der Regierung arbeitet die Kommission nicht schnell genug, weshalb sie die drei sachverständigen Mitglieder der Kommission beauftragte, umgehend einen diesbezüglichen Entwurf auszuarbeiten und vorzulegen. Als Protest gegen das Vorgehen der Regierung traten darauf die drei Arbeitervertreter aus der Kommission aus. Die Sachverständigen haben jetzt ihre Arbeit beendet und dem Sozialminister Gesekentwürfe unterbreitet. Wir vermelden nachstehend einige der wichtigsten Bestimmungen:

Das jetzt bestehende Zentralschlichtungsamt und die einzelnen Schlichtungsbeamten sollen abgeschafft und durch ein zentrales Arbeitsgericht und eine näher zu bestimmende Zahl lokaler Arbeitsgerichte ersetzt werden. Der Entwurf sagt nichts darüber, wer zum Abschluß von Kollektivverträgen kompetent ist, sondern bestimmt nur, daß alle Verträge unter das Gesetz fallen. Die Kollektivverträge sind bindend für alle Mitglieder der vertragschließenden Vereine. Sonderabmachungen, die im Widerspruch zu den Vertragsbestimmungen stehen, sind ungültig. Während der Vertragsdauer darf keine der Parteien Streiks oder Ausperrungen proklamieren oder ähnliche Kampfmaßnahmen treffen, ganz gleich, ob diese darauf gerichtet sind, die Einhaltung, Durchführung oder richtige Auslegung der Kollektivverträge zu sichern, oder die Durchführung von Änderungen und Bestimmungen bezwecken, die erst nach Ablauf der Verträge in Wirkung treten sollen. In bezug auf Sympathiemassnahmen bestimmt der Entwurf nur, daß es verboten ist, jemandem beizustehen, dem eine derartige Handlung selber verboten ist. Die vertragschließenden Organisationen dürfen auch nicht solche Maßnahmen veranlassen oder unterstützen oder ihren Mitgliedern hierbei Unterstützung verleihen. Bei Uebertretung dieser Bestimmungen kann der schuldige Teil zur Zahlung eines Schadenerlöses verurteilt werden, dessen Höhe von Arbeitsgerichte festgesetzt wird.

Der Entwurf betz. Arbeitsgerichte bestimmt, daß zur Behandlung von Klagen über die Auslegung der Kollektivverträge ein zentrales Arbeitsgericht und vorläufig vier lokale Arbeitsgerichte eingesetzt werden sollen. Die lokalen Arbeitsgerichte sollen aus einem unparteiischen Vorsitzenden und zwei Beisitzern, das zentrale Arbeitsgericht aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern bestehen. Die Beisitzer werden vom Arbeitgeberverein resp. vom Gewerkschaftsbund in Vorschlag gebracht.

Alle Klagen sollen in der Regel zunächst bei

den lokalen Arbeitsgerichten eingereicht werden. Besonders wichtige Fragen, die eine schnelle Entscheidung erfordern, sowie Schadenersatzansprüche, können jedoch unmittelbar bei dem zentralen Arbeitsgerichte eingereicht werden. Dieses ist die höchste Instanz. Gegen ihre Urteile kann keine Berufung eingelegt werden.

Die Regierung, die sich gleichfalls mit Klagen für eine Gesetzgebung betz. des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens zur Verhinderung von Arbeitsniederlegungen in gemeinnützigen Betrieben befaßt, gedenkt die Behandlung dieser Gesekentwürfe so zu beschleunigen, daß sie bereits am 1. Januar 1928 in Kraft treten können. Da jedoch die kompetenten Organisationen der schwedischen Arbeiter gegen eine derartige Gesetzgebung Stellung genommen haben, ist es zweifelhaft, ob es der Regierung glücken wird, ihr Vorhaben durchzuführen.

Gerichtssaal.

Eine halbe Million aus Coburgchen Geldern.

Aus der Tätigkeit eines ehemaligen Sekretärs der tschechischen nationalsozialistischen Partei.

Der dem Amtsgericht in Prag wurde eine Klage vorgelegt, die der ehemalige Sekretär der nationalsozialistischen Partei, Janus Sýkora, gegen den verantwortlichen Redakteur der tschechischen „Dělnická Ústřední“, den tschechischen Sozialdemokraten Zenta, überreicht hat. In dieser Klage wurde die Geschäftsabrechnung der von Sýkora herausgegebenen Revue „Parlament“ kritisiert und unter anderem mitgeteilt, daß das Präsidium des Abgeordnetenhauses dem Kläger den Eintritt ins Abgeordnetenhaus unterlag habe. Der Beklagte erklärte die volle Verantwortung für den Artikel übernommen und den Wahrheitsbeweis erbringen zu wollen. Er wies nach, daß Sýkora bei der Werbung für seine Zeitschrift den Anschein erweckt habe, daß es sich um eine amtliche Unternehmung handle und dadurch von verschiedenen Industriellen Unterstühtungen erhalten habe. Dabei habe der Kläger gefordert, außerdem erklärte der Verteidiger des Beklagten, daß Sýkora von Dr. Norbert Eisler in Angelegenheiten des Erbschaft Coburg eine Summe von 500.000 Kronen bekommen und daß Dr. Eisler die Garantie für den Kläger bei den Druckereien, in welchen die Revue „Parlament“ hergestellt wurde, übernommen habe. Als Zeuge wurde der ehemalige Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Abgeordneter Tomásek, einvernommen, der bestätigte, daß das Präsidium des Abgeordnetenhauses tatsächlich dem Sýkora das Verweilen im Parlament unterlag habe, weil die Prospekte und Druckkosten, die dieser verlangt habe, den Eindruck erweckten, als ob es sich um eine amtliche Angelegenheit handle. Ein weiterer Zeuge, der sozialdemokratische Abgeordnete Jaska erklärte, daß Sýkora zu Gunsten des Großgrundbesitzers Hoase interveniert habe, damit das Gut nicht beschlagnahmt werde. Jaska teilte weiter mit, daß Sýkora wegen Unordnung in den Finanzen in der Wahlkampagne, da dieser im tschechischen Gau kandidiert habe, sich mit der nationalsozialistischen Partei verfeindet habe. Sýkora soll auch, wie ein Buchhändler Nacho aus Mährisch-Kromau erzählt hätte, bereit gewesen sein, falls der Beklagte den Prozeß in einer für Sýkora günstigen Weise zu beenden gewillt sei, die Organisationen der Nationalsozialisten in der tschechischen Gegend in das Lager der Sozialdemokratie überzuführen. Der Verteidiger beantragte die Einvernahme des Dr. Norbert Eisler.

Der Richter ließ alle Wahrheitsbeweise zu und verurteilte zu diesem Zweck den Prozeß auf unbestimmte Zeit.

Das letzte Rendezvous.

Von Anton Tschadow.

Ein heißer, dunstiger Tag. Am Himmel kein einziges Wölkchen. Das von der Sonne angeleuchtete Gras macht einen traurigen Eindruck; auch wenn es regnen wird — wird dieses Gras nicht mehr grün. Der Wald liegt schlafend da und nur ab und zu bewegen die Wipfel der Bäume ihr grünes Haupt.

Am Waldestrand geht ein hoher, breitschultriger, vierzigjähriger Mann; er trägt ein rotes Band, graue Reithosen, hohe Stiefel. Er geht langsam vorwärts. Rechts liegt sich die unendliche Steppe hin und links bis zum Horizont sieht man ein goldenes Meer reifen Roggen.

Der Mann wipelt sich den Schweiß ab. Er nimmt die weiße Mütze herunter. Ueber die Schulter hängt eine Jagdflinte, in der ein Revolver liegt. Der Jäger hält ein Gewehr in der Hand. „Hant auf den Jagdhund, der in den Sträuchern schnuppert. Ringsum herrscht Stille.“

„Jegor Wlasitsch!“ hört der Jäger plötzlich eine leise Stimme. Er sucht zusammen, schaut sich um, macht ein finsternes Gesicht. Vor ihm steht ein bleiches Weib, etwa 30 Jahre alt, mit einer Sichel in der Hand. Sie lächelt verlegen.

„Ah, das bist du, Palageja!“ sagt der Jäger und läßt langsam sein Gewehr sinken. „Am, wie bist denn du hierher gekommen?“

„Die Weiber aus unfernen Dörfern arbeiten hier in der Nähe, ich bin jetzt auch Landarbeiterin, Jegor Wlasitsch!“

„So“, brummt der Jäger und geht langsam weiter.

Palageja folgt ihm. . . so gehen sie zwanzig Schritte.

„Ich habe Sie schon lange nicht gesehen, Jegor Wlasitsch!“ sagt Palageja und schaut ihn

liebvoll an. „Zeit der Zeit, wo Sie in unserer Hütte das Glas Wasser getrunken haben, habe ich Sie nicht mehr gesehen. Dann kamen Sie eines Abends. . . Waren einen Moment da. . . Sie waren total betrunken. . . Sie schlugen mich und verließen dann mein Haus. Ich habe auf Sie gewartet. . . Vergebens gewartet. . . Jegor Wlasitsch, Sie konnten mich doch einmal aufsuchen.“

„Was soll ich bei dir machen,“ „Na ja. . . aber dennoch. . . die Wirtschaft. . . das Haus. . . Sie sind ja der Hausherr. . . Sie werden von der Jagd müde sein. . . Setzen Sie sich, ruhen Sie sich aus!“

„Oh, man kann sich ein wenig setzen“, sagte Jegor im gleichgültigen Ton und suchte ein schattiges Plätzchen zwischen zwei Linden. „Was steht du da, fey dich, Palageja!“

Sie legt sich einige Schritte von ihm entfernt, verdeckt mit der Hand ihr Gesicht. Paar Minuten vergehen in Schweigen.

„Sie könnten mich doch einmal besuchen“, sagt endlich das Weib leise.

„Wozu?“ erwidert der Jäger, nimmt seine Mütze ab und wipelt sich mit dem Armel des roten Hemdes den Schweiß ab.

„So ein Besuch hat keinen Zweck. Du weißt, daß ich nicht ständig im Dorf leben kann. Ich bin ein verwöhnter Herr. Ich muß ein gutes Bett, einen guten Tee, ein gutes Essen haben. . . muß mich dekkat unterhalten können. . . und in deiner Hütte ist Armut, Schmutz. Ich würde dort kaum einen Tag aushalten. Wenn man mir beschließen sollte, ständig bei dir zu wohnen, so würde ich entweder die Hütte niederbrennen oder Selbstmord begehen. Ich bin ein verwöhnter Mensch. . . da kann man nichts machen. . .“

„Und wo wohnst du jetzt?“

„Mein Gutsbesitzer Janowitsch, ich bin bei ihm als Jäger angestellt. . . Er hält mich mehr zu seinem Vergnügen.“

„Das ist kein Beruf für dich.“

„Das verstehtst du nicht, du großes Kind!“ bemerkt der Jäger und schaut zur Seite. „Du hast mich nie verstanden. Deiner Meinung nach bin ich ein Haderlump. Ich bin der beste Schütze im Umkreise und die Herrschaften wissen das. Das Bauernhandwerk behagt mir nicht. Mein Traum war immer, Jäger zu werden, auf die Jagd zu gehen. Ja, wenn in einem Menschen die Sehnsucht nach der Freiheit steckt — da kann man nichts machen. Du bist ein Weib und verstehst das nicht.“

„Ah, bereue es, Jegor Wlasitsch.“

„Warum stöhnst du denn?“

„Ah. . . ich weine nicht“, erwiderte Palageja. „Jegor Wlasitsch. . . es ist eine Sünde. . . zwölf Jahre waren wir verheiratet und ich war immer für dich eine Fremde. . . ich wußte nicht, was die Liebe ist. . .“

„Die Liebe“, murmelt der Jäger, „es kann keine Liebe sein. Du bist vor der Welt meine Frau. Sind wir denn ein Paar? Ich bin ein fester Mann und du ein dummes Bauernweib.“

„Aber wir sind doch verheiratet.“

„Gegen meinen Willen verheiratet. . . Graf Sergei hat aus Rache, weil ich ein besserer Schütze war als er, mich gezwungen, Wein, Schnaps zu trinken, und als ich total besoffen war, da hat er mich mit dir verheiratet lassen. Du mußt dich ja nicht zum Mann nehmen. Jetzt quäl dich weiter. . .“

„So?“, sagt der Jäger und rüdt langsam eine Zigarette ein.

„Wieder ein Schweigen. Von der Steppe ertönt das Lied der Schnitter. Dann bricht das Lied jäh ab.“

„Man sagt, daß Sie Alulina lieben, daß Sie ihr ein Haus bauen.“

Jegor schweigt.

„Gefällt sie Ihnen“, fragte Palageja leise.

„Ja“, erwidert er kurz, „was kann man machen. . . Schicksal!“

„Aber jetzt muß ich gehen. . . ich muß am Abend zu Hause sein. . .“ Jegor erhebt sich, wirft das Gewehr über die Schulter, auch Palageja steht auf.

„Wann kommen Sie zu mir?“ fragte sie und schaut ihn bittend an.

„Nie. . . Wozu? . . . Hat keinen Zweck. . . Adieu!“

„Auf Wiedersehen, Jegor Wlasitsch!“

Er setzt seine Mütze auf, ruft den Hund, geht. Palageja steht auf ihrem Platz und schaut ihm nach. . . Er fühlt diesen Blick, bleibt stehen, schaut sich um.

Palageja geht unglücklich auf ihn zu.

„Da hast du!“ sagt Jegor und drückt ihr eine Rubelmünze in die Hand. . . Dann geht er raschen Schrittes fort. . .

„Auf Wiedersehen, Jegor Wlasitsch!“ sagte sie mechanisch und hält den Rubel in ihrer Hand. Er geht langsam und ihr Blick verfolgt jeden seiner Schritte, bis er im Wald verschwindet. . . Adieu, Jegor Wlasitsch!“ spricht sie leise vor sich hin, sie hebt sich auf die Lehenspitzen, will seine Gestalt noch einmal sehen, dann wirft sie sich ins Gras und weint. . . Sie fühlt, daß das ihre letzte Begegnung mit ihrem Manne war. . . Uebertragung aus dem Russischen von Maurice Girshmann, Wien.



Schlicht

Terpentin-Seife

mit den 7 Vorzügen



3. Vorzug: Guter Geruch. Der erfrischende Duft macht das Waschen angenehmer, der dunstige Geruch in der Waschküche verschwindet. Auch die Wäsche riecht frischer und angenehmer.

1. Terpentinegehalt.
2. Großes handliches Stück.
3. Guter Geruch.
4. 5 Hitzpack 1 kg.
5. Märchenbilder auf der Packung.
6. Besonders leicht.
7. Schicht-Post gratis.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Am Montag, den 7. März, veranstaltet der Verein im Urania-Kino (Zweckgasse, Handwerkerheim) eine Sondervorstellung mit dem Motto:

Der Film im Dienste der Körperkultur
Zur Vorführung gelangt der proletarische Kulturfilm:

Die neue Großmacht,

eine packende Wiedergabe der glänzenden Bilder von der Frankfurter Arbeiter-Olympiade. Dazu Aufnahmen vom Karlsbader Bundesturnfest und als Beigabe die verfilmte Massenkundgebung beim Begräbnis des Genossen Hillebrand.

Die Vorstellung beginnt um 10 Uhr abends. Plätze zu 2, 3, 4, 6 und 8 Kronen. Kartenverkauf Plätze zu 2, 3, 4, 6 und 8 K. Kartenbörverkauf bei Opfiker Deutsch, im Verein deutscher Arbeiter sowie bei den Funktionären.

An alle Vereinsmitglieder, sowie an die Angehörigen der Prager Bruderorganisationen ergeht der Ruf, diese Sondervorstellung zahlreich zu besuchen.

Die Vereinsleitung.

Prozess Lodgman - Kefel vor dem Obersten Gericht.

Brünn, 3. März. Vor einem Senat des Obersten Gerichtes unter Vorsitz des ersten Präsidenten Popella fand heute die Verhandlung in dem bekannten Ehrenbeleidigungsprozess Dr. Lodgman-Kefel über die von Dr. Lodgman gegen das Urteil des Leitmeritzer Schöffengerichtes eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde statt. Der Vertreter Lodgmans, Dr. Haas, führte seine Nichtigkeitsbeschwerde vor allem darauf, daß der Privatkläger Kefel vor seiner Einvernahme vereidigt worden sei, obwohl auf ihm zumindest der Verdacht laftet, an der Fälschung des Einlagenbuches mitgewirkt zu haben. Ferner führte er als Nichtigkeitsgründe die Ablehnung einiger Beweisenträge, die sich auf das besondere Entgegenkommen der tschechischen Behörden Kefel gegenüber bezogen, sowie die unzulässige Aenderung der Anklageschrift am Schluß des Beweisverfahrens an. Schließlich machte er den Strafausschließungsgrund wegen Wahrung eines öffentlichen Interesses nach § 4 der Preßgesetznovelle geltend, während das Leitmeritzer Urteil feststellt, daß Lodgman nicht aus öffentlichem, sondern aus Parteiinteresse gehandelt habe. Der Vertreter Kefels, Dr. Wlachner, bekämpfte diese Nichtigkeitsgründe als ungenügend. Dann wurde die Verhandlung abgebrochen. Das Erkenntnis wird erst morgen verkündet werden.

Der nackte Perikles.

Prag, 2. März.

Er ist auch ein Grieche, lebt aber in Prag! Seine und seiner Angehörigen Wohnungsgeberin ist die alte Generalin Bestiecka. (Ein Name mit peinlichem Anklang!) Sie ist eine sehr nette Frau. Mein Gott, man hat den Weltkrieg mitgemacht. . . . Es gab Streit über Streit bei den Mietern, eine Gerichtsverhandlung jagte die andere. An einem Tage, Frau Bestiecka hatte gerade wieder zwei Prozesse verloren, kam es zwischen der Mutter des Perikles und ihr wieder zu einem Zusammenstoß. Der Streit

wurde im Salon begonnen, im Vorgimmer fortgesetzt. Die Generalin zog den kürzeren. Aber sie wollte das letzte Wort behalten. Sie wußte, daß Perikles gerade im Bodezimmer war, um sich zu waschen. Also stürzte sie hinein und wollte den Streit, den sie mit seiner Mutter begonnen, mit ihm fortsetzen. Aber Perikles winkte ab. Er will sich waschen. Sie will aber streiten und bleibt im Bodezimmer. Den Griechen stört dies nicht. Langsam zieht er seinen Rock aus. Die Generalin raut ihren Augen nicht. Er wird doch nicht? O ja. Die Dose folgt. Die Generalin wird aufgeregt. Mit Händen und Füßen sucht sie vor dem jungen Mann herum. Er läßt sich nicht stören. Das Hemd folgt. Die Generalin ist sprachlos. Zu Stein erstarrt, sieht sie auch noch das Falten der Unterhose. Endlich steht Perikles vor ihr. Das ist ja zu viel. Vor einer Generalin, noch dazu vor einer alten. Jetzt folgt eine rasche „Recht“-Wendung und draußen ist sie. Perikles wäscht sich ruhig weiter. Sie aber läuft zum Kadi. Perikles wird wegen Verletzung der öffentlichen Zuchtlichkeit — in einem Bodezimmer, in das sie eingedrungen ist — angeklagt. Gestern hat vor einem Großen Bezirksgericht die Verhandlung stattgefunden. Die Generalin war fürchtbar aufgereggt. So daß sie aus dem Verhandlungssaal gewiesen werden mußte. Perikles wurde freigesprochen.

Kleine Chronik.

Worum das Herz schlägt. Man weiß heute, daß ein aus dem Wirbelkörper herausgeschüttetes Herz einige Zeit weiter schlägt und daraus ergibt sich, daß der Anreiz für den Herzschlag in diesem Organ selbst zu suchen ist. Daß dieser Anreiz auf einen chemischen Reiz zurückgeht, ist auch schon seit langem angenommen worden, aber erst in neuester Zeit ist es gelungen, in die chemischen Vorgänge, die die Herzbeziehung hervorrufen, einen näheren Einblick zu gewinnen. Prof. Dr. E. Haberlandt (Jinnsbrunn) berichtete kürzlich über seine Untersuchungen am Froschherzen, in deren Verlauf er einen Erregungsstoff nachweisen konnte, durch den der Herzschlag ausgelöst wird. Dieser Erregungsstoff darf nicht mit dem von O. Löwi (Wien) entdeckten Herzgervenstoff verwechselt werden, der die Bewegung des Herzens fördert, aber nicht hervorbringt. Prof. Haberlandt nimmt an, daß die Auffindung des Herzregungsstoffes in absehbarer Zeit auch in der praktischen Medizin Bedeutung gewinnen kann, insofern es möglich erscheint, ihn bei entsprechender Gewinnung aus Herzen großer Schlachttiere für ärztliche Zwecke als physiologisches Herzmittel, als natürlichen Anreger zu schwacher Herzaktivität, in der Heilkunde zu verwenden. E. S.

Kunst und Wissen. Prager Konzertsaal.

Die unhaltbaren und ungesunden, durch den andauernden Konzertüberfluß geschaffenen Verhältnisse in den Prager Konzertsälen haben bereits zu vereinzelten Konzertkatastrophen geführt. Die weltberühmte Geigerin Erica Morini hat es nicht vermocht, Interesse für ihr Prager Konzert zu wecken — und so wurde das Konzert in letzter Stunde abgefragt. Jaroslav Kocian, der vielgefeierte tschechische Geiger, ein Liebling des Prager Publikums, ein als Meisterlehrer des Violinspiels am tschechischen Staatskonservatorium, sicher auch über genug künstlerischen Anhang verfügender Künstler, hat mangels entsprechender Beteiligung des Publikums auf die weitere Abhaltung seiner fünf jüdischen Konzerte, in denen sämtliche Violinsonaten von Bach und Beethoven zur Ausführung gelangen sollten, verzichtet, nachdem er im ersten Konzerte vor mehr als halbleerem Saale spielen mußte. — Im übrigen gab es gerade in der letzten Berichtszeit einige ganz be-

deutliche Konzerte. Zu diesen zählen vor allem die beiden Konzerte der tschechischen Philharmonie, bei denen Alexander Zemlinitsch als Gastdirigent am Pulse erschienen war. Es ist kein Zweifel, und mit jedem neuen Konzerte, das Zemlinitsch als musikalischer Leiter sieht, wird es uns klarer, daß dieser Dirigent einer der ersten unserer Zeit ist, einer von denen, die persönliche Musik interpretieren und darum überzeugendste Offenbarungskraft besitzen, eine Offenbarungskraft, die durch eindringlichste Leidenschaftlichkeit des Temperamentes und glühende, fast fanatische Liebe zum interpretierten Tonwerke noch gesteigert wird. Gar wenn Zemlinitsch, wie diesmal in dem einen Konzerte, Mahler dirigiert, wird er zum Propheten und Apostel der Tonkunst. Denn kaum ein Zweiter wird gerade Mahlers düstere und verworrene „Schöpfung“ oder „Tragische“ so überwältigend eindrucksvoll zu gestalten wissen wie Zemlinitsch, der mit Liebe und Verehrung an seinem Meister hängende Mahler-Schüler. Zemlinitschs edle Musikantenatur ist übrigens von seltener Selbstlosigkeit. Er ist nicht nur ein wahrer Pionier der Kunst seines Meisters und Lehrers, sondern tritt auch gern für die Tonkunst seiner Schüler ein, wie er in dem zweiten Konzerte der tschechischen Philharmonie bewies, in dem zwei Sätze, „Pastorale“ und „Marsch“, aus einer Symphonietta für Kammerorchester des Zemlinitsch-Schülers Hans Krása, durch ihn zur Prager Erstaufführung gelangen und dank Zemlinitschs glänzender orchesterlicher Ausführung starken Beifall erlangen. Die orchestrale Hauptnummer bei diesem zweiten Konzerte war Beethovens siebente Symphonie, die Zemlinitsch mit zündendem rhythmischen Schwung als wirkliche „Apotheose des Tanzes“ vor den begeisterten Hörern erstehen ließ. — Einen Bassisten von außerordentlich stimmlichen und musikalischen Qualitäten lernte man in dem englischen Sänger Norman Williams kennen, der im Smetanosaale erstmals vor die Prager Konzertöffentlichkeit trat. Nicht nur, daß dieser Künstler über ein selten schönes, großes und echtes Singsmaterial verfügt, sondern auch die vorbildliche Ausgeglichenheit seiner Stimme, ihre geschmackvolle und kultivierte Verwendung, prächtig einführender und grundmusikalischer Vortrag sicherten diesem Sänger schon beim ersten Hören stärksten Interesse und begeisterte Anerkennung. — Auch die japanische Sopranistin Jovita Fuentes, die sich in einem eigenen Konzerte erstmals vor dem Prager Publikum hören ließ, erlangte sich einen verdienten, vollen Erfolg. Sicher ist es keine sojuzinierende Bombenstimme, die diese putzige Japanerin mitbringt, aber diese Stimme hat gute italienische Schule, wird geschmackvoll und mit guter künstlerischer Wirkung verwendet und zeigt in den hohen Tönen sogar bedeutende dramatische Schlagkraft. Das ungewöhnlich lebhafteste Interesse des Publikums an Jovita Fuentes galt aber wohl mehr der erotischen Sensation der Sängerin als ihrer Kunst. — Im tschechischen Staatskonservatorium fanden die vorbildlichen öffentlichen Musikabende ihre künstlerisch überzeugende Fortsetzung. Im Jussus der „Beethoven-Gedächtnis-Abende“ konnte bereits die siebente und achte (!) Veranstaltung abgehalten werden, und zwar wiederum mit Musterprogrammen solistischer und kammermusikalischer Art, während in der Reihe der laufenden öffentlichen Musikabende der achte, diesmal vorwiegend pianistische Darbietungen bestimmte Konzertabend stattfand. — Was sonst an Konzerten in der Berichtszeit geboten wurde, entzog sich entweder unserer Berichterstattungsmöglichkeit oder war nicht von der Art und Bedeutung, einer öffentlichen Kritik durch die Presse teilhaftig zu werden. e. j.

Deutsche Musikakademie Prag. Das Programm des Beethoven-Abends am Montag, den 7. März, hat 8 Uhr abends im Mozarteum, verspricht

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Solil.

einen besonderen Genuß. Es gelangen zum Vortrage: Quintett op. 29, C-Dur für 2 Violinen, 2 Violen und Violoncello. Aus den „Schottischen Liedern“ op. 108 für Sopran mit Begleitung von Klavier, Violine und Cello. 12 Variationen, op. 66 über das Thema: Ein Mädchen oder Weibchen aus der „Zauberflöte“ von Mozart, für Klavier und Violoncello. Quartett op. 95, F-Moll für 2 Violinen, Viola und Violoncello. Arten zu 6, 4 und 2 K im Vorverkauf bei Wepler und in der Deutschen Musikakademie, Prag II., Vladislavg. 23.

Reinigungstruppe „Fidelio“. Im Rahmen der Beethoven-Feier wird Ende März „Fidelio“ in einer Reinigungsvergängerung gegeben werden. Ueber Einladung Direktor Leopold Kramers hat sich Hofrat Prof. Alfred Roller von der Wiener Staatsoper bereit erklärt, die szenische Neugestaltung der Oper zu entwerfen und auch die Dekorationsarbeiten in Prag zu leiten.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag (96-1), 7 Uhr: „Figaros Hochzeit“. Samstag (97-1), 7 Uhr: „Das Schwalbennest“. Sonntag, 11 Uhr: Deutscher Singsverein; 2 1/2 Uhr nachm. Arbeiter-Vorstellung: „Der zerbrochene Krug“, „Tartuffe“; 7 Uhr: „Rosenkavalier“. Montag (98-2), 7 Uhr: „Die Fleckermaus“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: Dover-Calais. Samstag: „Toni“. Sonntag, 3 Uhr: „Oskar, laß dich nicht verführen“; 7 1/2 Uhr: „Toni“. Montag: „Dover-Calais“.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVY DŮM
der Genossenschaft **Ganymed**
TÄGLICH KONZERT.
PRAG II., Hübnerstraße Nr. 7.

Café „Nizza“
Kaf. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal! 120

KINO-PROGRAMM
Vom 25. Febr. bis 3. März 1927.

Wran Urania-Kino 2076
Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 4.120
Der Feldherrnhügel.

LIDO BIO 2001
„Herbstmanöver“
in der Hauptrolle Xenia Desni und Livio Pavanoli.

DRUCK- U. VERLAGSANSTALT
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kasernen zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefkopieren usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHONAU
TISCHLERGASSE NR. 6.